

Neuflücke Freiheit

Einzig unabhängige Tageszeitung Deutschlands

Nummer 135 — 1. Jahrgang Saarbrücken, Dienstag, den 28. November 1933 Chefredakteur: M. Braun

Aus dem Inhalt

- Verschärfung der Protestantenkrise Seite 2
- Rettung der deutschen Bauern? Seite 4
- Frick gegen S.A. Volk im „Landenkeller“ Seite 5
- Brief aus Mexiko Seite 8

Chautemps und Hitler

Die beginnenden Vorverhandlungen — Die Saar als europäisches Schicksal — Verantwortung des Völkerbundes und Frankreichs



Chautemps

Keine neuen Männer

Paris, 27. Nov. Das Kabinett Chautemps ist um 2.30 Uhr französische Zeit gebildet worden, und zwar u. a. mit Paul-Boncour (Auswärtiges), Daladier (Krieg), Sarraut (Kriegsmarine), Cot (Luftfahrt), Bonnet (Finanzen).

Die Ernennungsdekrete der Mitglieder der neuen Regierung erscheinen heute früh im „Journal Officiel“. Die Liste der Unterstaatssekretäre wird erst im Laufe des heutigen Tages aufgestellt werden. Um 10 Uhr vormittags hat Ministerpräsident Chautemps seine Mitarbeiter dem Präsidenten der Republik vorgestellt.

Chautemps hat nach der Bildung seines Kabinetts folgende Erklärung abgegeben: „Einige Kreise werden finden, daß die neue Regierung keine neuen Persönlichkeiten aufweist. Ich für meinen Teil erachte es für sehr möglich, durch Beibehaltung der gleichen Persönlichkeiten in

Zeiten politischer Krisen eine gewisse Stabilität zu wahren. In meinem Kabinett herrscht das radikale Element vor, die Devise der neuen Regierung wird sein, den nationalen Notwendigkeiten Rechnung zu tragen.“

Herriot

Paris, 27. November. Chautemps hatte Herriot um seine Mitarbeit in der Regierung gebeten. Herriot hat, wie es in einer Havardklärung heißt, aus gesundheitlichen Gründen abgelehnt, jedoch, um seine Solidarität mit der neuen Regierung zum Ausdruck zu bringen, sich bereit erklärt, Delegierter Frankreichs beim Völkerbund zu sein und außerdem Frankreich bei seinen diplomatischen Missionen zu vertreten, die die neue Regierung ihm anvertrauen werde.

Neosozialisten: „Noch nicht ...“

Eine Rede Renaudels

Paris, 27. Nov. In Toulon hielten die Neosozialisten eine Versammlung ab, bei der der Abg. Renaudel die Ablehnung seiner politischen Freunde, in die Regierung einzutreten, damit begründete, daß die Lage innerhalb des sozialistischen Lagers noch nicht hinreichend geklärt sei. Wenn dagegen ein Zusammenschluß der Linken erfolgen würde, würde seine Partei bereit sein, die Regierung zu unterstützen, falls sie ein annehmbares Programm unterbreite. Den Eintritt in eine Regierungsmehrheit, der auch die Linkenrepublikaner angehörten, müßten dagegen seine politischen Freunde ablehnen.

Zwischenspiel

Der neue Ministerpräsident Chautemps und sein Kabinett werden als Männer einer Übergangsregierung betrachtet. Solche Zwischenregierungen hat der radikalsoziale Chautemps auch früher schon geführt. Man bemühte sich in den letzten Tagen um das Zustandekommen eines Linkenkartells. Renaudel wählte einer Fraktionsführung der Radikalsozialisten bei, nahm neben Herriot Platz und entwickelte seine Gedankengänge. Ein Ergebnis hatten diese Bemühungen nicht. Die Bemerkungen Renaudels in Toulon, daß die Klärung im sozialistischen Lager noch nicht weit genug vorgeschritten sei, klingen etwas resigniert. In der Tat ist auf der Linken nicht die Einheit, die Entschlußkraft und der Wille zur Konzentration auf Notwendigkeiten zu finden, der für eine starke Linkenregierung erforderlich wäre.

Inzwischen glaubt die Rechte, daß ihre Stunde herannaht. Der Abgeordnete Lardieu hat am Sonntag in zwei Reden heftig gegen den „marxistischen Materialismus“ gesprochen, der auf die französische Politik Einfluß gewonnen habe. Es ist also dieselbe Phrasologie, mit der in Deutschland die Agitation der Rechten sich betätigt hat. Lardieu stärkt das Mißtrauen der Später gegen die bisherige äßernde Finanzpolitik, spielt mit der Gefahr einer Inflation und macht das Zusammenwirken der Radikalen mit den Sozialisten für die mangelnde Stabilität des politischen und wirtschaftlichen Vertrauens verantwortlich.

Die innere Krise Frankreichs bleibt jedenfalls auch unter dem Ministerium Chautemps ungelöst. Die Innen- und Außenpolitik Frankreichs erfordern bald eine Regierung auf breiter parlamentarischer Grundlage und mit starkem Rückhalt im Volke. Vor einigen Tagen sind demagogische Flugblätter gegen das parlamentarische Regime aus Flugzeugen über Paris abgeworfen worden. Der Eindruck war nicht harmlos. Mehr als eine spielerische Sensation waren diese Zeitel nicht. Von einer Krise des parlamentarischen Systems, wie sie zerstörend Jahre hindurch in Deutschland sich ausgewirkt hat, kann nicht die Rede sein. Die französischen Parteien und das französische Volk werden die Kräfte zur Überwindung der inneren Schwierigkeiten finden, aber die politischen Begeisterungen weisen nach rechts. Eine kommende Konzentrationsregierung wird stark konservativ-kapitalistische Einflüsse enthalten, und es scheint, daß die Widerstände der Radikalsozialisten gegen ein solches Ministerium allmählich geringer werden.

Der Präsident des amerikanischen Arbeiterverbandes Green gab bekannt, daß die Gesamtzahl der Erwerbslosen 10,076 Millionen betrage.

Sozialistensieg in Genf

Absolute Mehrheit im Stadtrat

Der Siegeszug der schweizerischen Sozialdemokratie geht weiter. Am Sonntag fanden in Genf Stadtratswahlen statt. Es gelang der Sozialdemokratie, die schon jüngst bei den Wahlen zum Großen Rat ihre Stimmzahl auf etwa 48 Prozent steigern konnte, die absolute Mehrheit zu erringen. Bei einer Wahlbeteiligung von 85 Prozent wurden alle vier von ihr aufgestellten Kandidaten, darunter auch der vor einigen Monaten wegen Aufreizung zum Widerstand gegen die Staatsgewalt verurteilte Nationalrat Rieole gewählt; infolgedessen blieben für die vereinigte bürgerliche Liste nur mehr drei Sitze frei.

Mikrofon

D. F. Die Aufmerksamkeit der Weltpresse für das unter Völkerverbundregierung stehende Saargebiet wächst, je mehr das Jahr 1935 herannaht, das die Wünsche der Bevölkerung für die fernere staatliche Zugehörigkeit ihrer Heimat dem Völkerverbund kundtun soll. Man ist auch außerhalb des Saargebietes davon unterrichtet, daß sich eine „Deutsche Front“ gebildet hat, die alles zusammenfassen will, was nicht zu den Sozialdemokraten, Kommunisten und sonstigen landesverräterischen Untermenschen gehört. Schon der Name dieser Gründung ist irreführend, da niemand das Deutschtum der Menschen an der Saar bezweifelt und bisher niemand aufgetreten ist, der die Wahndiebe vertritt, dieses Gebiet zu entdeutschen. Es geht immer nur um die Frage, wie zu verhindern ist, daß dieses letzte Restgebiet des früheren deutschen Rechtsstaates einer Barbaren- und Banditendiktatur ausgeliefert werde, und dazu um die Vorfrage, wann und wie eine wirklich freie Abstimmung sich ermöglichen lasse. Die „Deutsche Front“ ist Trägerin und zugleich Opfer des nationalsozialistischen Parteiterrors. Die Gegenströmung, als deren Kern die sozialistische „Freiheitsfront“ sich entwickelt, ist für die freie deutsche Selbstbestimmung. Daß diese unter nationalsozialistischer Parteidiktatur unmöglich ist, kann nicht gut bestritten werden.

Nur scheinbar ist die „Deutsche Front“ geeint. Das trifft höchstens für ihren lärmenden und allen Widerstand niedertrampelnden nationalsozialistischen Anhang und die gedankenlosen Mitmarschierer zu. Die politischen Denkenden aus den äußerlich aufgelösten Parteien machen nur widerwillig und vielfach nur aus wirtschaftlicher Angst vor den vermeintlichen Herren des Saargebietes im Jahre 1935 mit. Gelänge es, diese Furcht: „Was wird aus meiner Existenz bei einem nationalsozialistischen Sieg im Jahre 1935?“ von diesen besorgten Leuten zu nehmen, würden die berufsmäßigen Heilhitlerschreiber unverzüglich eine schwere Enttäuschung erleben.

Das wissen sie auch, und darum trauen sie insbesondere den Katholiken, soweit sie wirklich kirchentreu geblieben sind oder als charakterfeste Zentrumselemente oder christliche Gewerkschafter sich bewährt haben, nicht über den Weg. Das sei nicht wahr? Nun, dienen wir mit einem Vorkommnis, für das wir uns verbürgen.

In einem Orte des Saargebietes sollte eine Vorbesprechung zur Gründung der „Deutschen Front“ stattfinden. Es fiel auf, daß die beiden eingeladenen Vertreter der NSDAP sich entschuldigen ließen. Abgesandte anderer Parteien kamen zur festgesetzten Stunde in den Versammlungsraum. Entweder waren nun die Herren durch das Fernbleiben ihrer braunen Brüder mißtrauisch gemoreo oder es war von dritter Seite eine Warnung erfolgt. Jedenfalls lugte einer der Versammelten vorsichtig hinter die Gardine und sah dort ein — Mikrofon, bereit, alles denunziatorisch aufzunehmen, was die angehenden Deutschfrontler in Abwesenheit der nationalsozialistischen Aufsicht aus übervollem, begeisterten Herzen sagen würden. Die Herren waren klug genug, ihre heiße Liebe zu Hitlerdeutschland nicht dem Mikrofon anzuvertrauen. Die beiden nationalsozialistischen Delegierten, angeblich am Erscheinen verhindert, konnten in einem anderen Zimmer des Hauses nur abhören, daß sich die Zusammenkunft

Allmähliche Bekanntmachung betreffend den aufgelösten „Notring“ der NSDAP des Saargebietes

Aufforderung

Auf Grund der Bundesratsverordnung vom 15. Februar 1917 und in Erweiterung der Aufforderung vom 7. 11. 1933 werden hiermit alle Personen, die als Vorsteher, Geschäftsführer, Angestellte oder Beauftragte des „Notrings“ der NSDAP des Saargebietes tätig waren, insbesondere die früheren Kreis-, Ortsgruppen- und Ortsgruppenleiter sowie Kassenschatzen des „Notrings“ aufgelöst, bis spätestens 5. Dezember 1933 dem unterzeichneten Verwalter abzuliefern (durch Einreichung oder Übergabe an seine Beauftragten im Regierungsgebäude, Hindenburgstraße in Saarbrücken, Zimmer 135 bzw. durch Einschubung auf das Postschloß Nr. 7566 Saarbrücken):

1. Bericht und Rechenungsablauf über die Verwendung der eingezogenen Mitgliedsbeiträge und der erhaltenen Beitragsmarken seit Gründung des „Notrings“;
2. den Erlös aus der Verwendung von Beitragsmarken und die auf andere Weise eingezogenen Mitgliedsbeiträge sowie alle sonstigen Einnahmen und Barbestände;
3. den danach verbleibenden Bestand an Beitragsmarken;
4. schriftliche Anmeldung aller dem „Notring“ zustehenden Rechte, wie Forderungen, Ansprüche auf Herausgabe u. a.;
5. alle Gegenstände, die zum Vermögen des „Notrings“ gehören, insbesondere Akten, Verzeichnisse und sonstige Schriftstücke, sowie Möbel und andere Sachen.

Ebenso werden alle anderen als die vorgenannten Personen, welche zum Vermögen des „Notrings“ gehörende Gegenstände oder Barmittel in Besitz haben, aufgefordert, diese in obenbeschriebener Weise abzuliefern.

Nach Ablauf obiger Frist wird gegen alle, die vorstehender Aufforderung nicht nachgekommen sind, auf Grund der Strafbestimmungen der genannten Verordnung vorgegangen werden; diese sieht für solche Fälle Geldstrafe oder Gefängnis bis zu 6 Monaten vor.

In diesem Zusammenhang wird vor der irrigen, auch in der Presse geübten Auffassung gewarnt, die Bundesratsverordnung vom 15. Februar 1917 sei eine Kriegsverordnung und gelte daher an dem „mit Rücksicht auf den Kriegszustand getroffenen Bestimmungen“, die nach dem Friedensvertrag von Versailles im Saargebiet nicht in Kraft sind.

Es wird vielmehr darauf hingewiesen, daß nach einer Entscheidung des Reichsgerichts diese Verordnung auch für die Nachkriegszeit anzuwenden ist (Urteil vom 15. 10. 1923) und der für das Saargebiet maßgebende Oberste Gerichtshof in Karlsruhe in seiner Entscheidung vom 26. April 1932 — S. 5/32 — ausdrücklich hervorgehoben, daß die Bundesratsverordnung vom 15. Februar 1917 im Saargebiet auch zu Recht besteht.

Saarbrücken, den 25. November 1933

Der Verwalter des aufgelösten „Notrings“ der NSDAP, des Saargebietes, gen. C. Klappenburg.

Für die Richtigkeit der Abschrift: Der Direktor des Innen- und des Kultusministeriums (Unterschrift)

Sofort vertagte, weil es nicht angängig sei, in Abwesenheit der verehrten, hochgeschätzten und lieben Nationalsozialisten zu verhandeln.

Dieses Mikrophon ist Symbol. Furcht vor den Höchern und Denunzianten geht im Saargebiet um. Nur den Heilruf will man ihnen anvertrauen. Aus Angst vor dem Mikrophon sagt man Ja und immer nur Ja und entwürdigt sich, das es dem vaterlandslosesten Gesellen jammerlich müde, wie hier dicht an der französischen Grenze und unter den Augen einer fremden Regierung deutsche Männer sich selbst zum Gespött machen.

Herr der „Deutschen Front“ und aller ihrer Mikrophone ist ein neunundzwanzigjähriger, bis vor kurzem ebenso unbekannter wie nirgendwo begehrter und daher stellenloser Bürokrat mit dem klangvollen germanischen Namen Spaniol. Nie hätte er durch irgendwelche Berufsarbeit auch nur das Einkommen eines mittleren Beamten erreichen können. Jetzt ist er als unbeschäftigter Staatsrat mit 1000 Mark monatlich versorgt. Plus Freifahrt, plus allen Nebeneinkommen, plus der Verfügungsgewalt über die reichlich fließenden Geldströme, plus Personenauto, ohne die Finanzquellen, deren undurchsichtige Verwendung wir aus den amtlichen Veröffentlichungen kennen. Fragt man irgendwen, auf welchen Gebieten er diesen so rasch und gründlich saturierten Herrn Spaniol sich hervorragend betätigen sah, so erfährt man bestenfalls, daß er brüllend und schimpfend und schimpfend, fürchterliche Reden hält. Mehr nicht. Aber wir wollten auch diesem Volksherrzog im Saargebiet nicht Unrecht tun. Also forschten wir vertraulich und ins Ohr bei diesem und jenem tüchtigen Bürger, ob er bereit sein würde, diesen jungen Herrn auf irgend einem noch so bescheidenen Posten in seiner Fabrik, in seinem Kontor, im Laden anzustellen? Entsetzt winkte jeder ab. Ob er gar geneigt sei, ihm die Verwaltung der Kasse anzuvertrauen? Keinerlei Geneigtheit in fest verschlossenen Mienen.

Ja, aber, wenn der junge Herr im Auftrage seines Berliner Oberbundes diese Kaufleute und Handwerker, diese Bürgermeister und Pfarrer, diese Rechtsanwälte und Ärzte anbrüllt, nehmen sie die Hände an die Hosennaht. So macht der deutsche Bürger Politik. Nein, so wird mit ihm Politik gemacht. Nur wer das weiß und diese Gesellschaft entsprechend einschätzt und behandelt, hat für absehbare Zeit Aussicht, sie zu beherrschen. Auch an der Saar.

Zimmerlich noch gibt es nicht wenige Deutsche Zwangsfrontler, die sich von der Diktatur der Mikrophone befreien möchten. Selbst die führenden christlichen Gewerkschafter, Herr Klefer zum Beispiel, haben das Strammstehen gründlich satt. Ganz läßt sich die gewerkschaftliche Schulung und das politische Denken aus früheren Zentrumszeiten, so willensschwach es auch allmählich geworden war, doch nicht verleugnen. Im katholischen Klerus ist trotz aller Dementis die Besorgnis groß, und in manchem der erfahrenen Herren ist in politischer Verachtung erschütterterweise größer als die christliche Nächstenliebe. Wenn man von Windthorst und Reichensperger herkommt, gehört schon mehr Selbstentwürdigung als Selbstüberwindung dazu, sich nun vor Spaniolen zu neigen, die unser Herrgott vielleicht zu Schriftführern von Fußballklubs, keineswegs aber zu Staatsmännern bestimmt hat. Nicht einmal in seiner großen Kinderstube Deutschland.

Kinder, auch politische, fürchten sich vor mancherlei, was im Grunde gar nicht so furchterregend ist. Auch die Mikrophone der Nazis an der Saar und alles, was mit dieser politischen Bespitzelung und Terroraktik zusammenhängt, sind nicht so gefährlich, wie sie tun. Wenn erst einmal kräftig zugepackt wird, werden sich die Mikrophone als wenig haltbar erweisen, und dann wird sich offenbaren, daß weder diese Dinger, noch die vielen nationalsozialistischen Horchposten mit dem Deutschtum etwas zu tun haben.

Nicht spaniolisch, sondern in freier deutscher Selbstbestimmung, will das Saargebiet registriert werden. Das wird sich zeigen, wenn die Angst vor den Mikrophonen gewichen sein wird. Vielleicht ist das schon bis zum Jahre 1935 der Fall. Wir hoffen es, und dafür kämpfen wir zuversichtlich.

Litwinow und Mussolini

Bolschewiken und Faschisten

Rom, 27. Nov. (Eig. Meld.) Die Ankündigung des amtlichen Besuchs Litwinows in Rom ist in den politischen Kreisen Italiens mit außerordentlicher Genugtuung aufgenommen worden. Man verpfligt sich von dieser Reise um so größere Bedeutung, als sie in einem Zeitpunkt vor sich geht, wo Litwinow einen der stärksten diplomatischen Erfolge für Rußland davongetragen hat. Die seit einem Jahrzehnt bestehende und im vergangenen Sommer durch Abschluß des Nichtangriffs- und Neutralitätsvertrages noch verstärkte italienisch-russische Freundschaft werde, wie die Turiner „Stampa“ schreibt, eine weitere Befruchtung erfahren. Diese Freundschaft diene ja nicht nur der Verbesserung der Beziehungen zwischen Italien und Rußland, sondern zugleich auch einer immer härteren Wiederannäherung Sowjetrußlands an Westeuropa.

Räuber überfallen Expres

Charbin, 27. Nov. Der Transsibirien-Expres ist heute von einer Räuberbande etwa 40 Meilen östlich von Tiflis überfallen worden. Die Banditen hatten die Geiseln aufgefesselt, und der Zug, der mit einer Stundengeschwindigkeit von 50 Meilen heranbrauste, entgleiste und stürzte den Bahndamm hinunter. Die überlebenden Reisenden, die sich aus den Trümmern befreien wollten, wurden von der Bande beschossen. Man befürchtet, daß ein großer Teil der 600 Fahrgäste getötet worden ist. Mehrere der Ueberlebenden sind von den Banditen als Geiseln entführt worden.

Die Ermittlungen des Geheimen Staatspolizeiamtes Lübeck führten zu der Verhaftung von 15 ehemaligen Reichsbannerleuten, die am 21. August 1931 an einem Überfall auf 4 Nationalsozialisten beteiligt waren bzw. bei der Gerichtsverhandlung am 2. 11. 1931 „meineidige“ Aussagen machten. Unter den damals Verurteilten befand sich auch der jetzige Direktor der Lübecker Kriminalpolizei Do. — Daher also!

Der Reichsführer der SS, Himmler, ist zum Kommandanten der politischen Polizei Mecklenburgs und Lübecks sowie auch Hamburgs ernannt worden. — Rein Bonze will an der heftigen Futterkrippe fehlen.

Am Montag und Mittwoch ist ein Generalkrieg der Arbeiter in ganz Palästina ausbrachen.

Der Generalkrieg ist deshalb ausgerufen worden, weil an diesen Tagen die Gerichtsverhandlung gegen die Arbeiter stattfindet, die an den Oktoberunruhen teilgenommen haben.

Das beginnende Gespräch

Die englisch-italienischen Bemühungen, die lange Pause der Abrüstungskonferenz zu einer deutsch-französischen Entspannung zu benutzen, haben einen ersten anderen Erfolg erzielt. Der französische Botschafter in Berlin, Francois Doucet, dessen politischer Ehrgeiz seit langem auf eine deutsch-französische Verständigung hingiert, ist vom Reichskanzler Hitler empfangen worden. Das Ereignis beschäftigt die öffentliche Meinung der ganzen Welt. Die offiziellen Zeitungen in Paris und in Berlin melden vorsichtig, daß von direkten deutsch-französischen Besprechungen über einen bestimmten Gegenstand noch nicht die Rede gewesen ist. Es sei eine erste allgemeine Aussprache zustande gekommen. Der deutsche Botschafter in Paris, Köster, hatte übrigens am Samstag eine Unterredung mit dem Generalsekretär des Außenministeriums Peger.

Von Frankreich her kommt das Verlangen, Deutschland möge genaue und bestimmte Vorschläge als Verhandlungsgrundlage machen. Der Berliner Berichtserfasser des „Echo de Paris“ will wissen, daß der Reichskanzler dem französischen Botschafter erklärt habe, es sei notwendig, die Saarfrage ohne die im Jahre 1935 vorzulebende Volksabstimmung so schnell wie möglich zu regeln. Da der Reichskanzler in jeder seiner letzten Reden und Interviews das Saarproblem in den Vordergrund gerückt hat, ist es wahrscheinlich, daß er dem französischen Botschafter weitgehende Angebote über die baldige Rückgliederung der Saar zu machen wußte. Fertinax, der Außenpolitiker des „Echo de Paris“ weist auf die Schwierigkeiten des Saarproblems hin, meint aber, daß diese zu lösen seien, wenn die wirtschaftlichen Interessen Frankreichs geregelt und das Leben und Hab und Gut der Gegner des neuen Deutschland geschützt werden.

Schon einmal, nach dem berühmten Frühstück Strefemanns mit Brland in Thoirn, schien die Rückgliederung der Saar in das Reich nahe bevorstehend. Die Verhandlungen kamen aber sehr rasch ins Stocken, als sie aus der nebelhaften Atmosphäre allgemeinen Wohlwollens auf das feine Gebiet wirtschaftlicher Interessen vordrängten. Hier handelt es sich keineswegs nur um Sorgen der französischen Wirtschaft. Wichtig ist vielmehr, daß auch die deutsche Wirtschaft, zumal in ihrem jetzigen Zustand, nicht weiß, wie sie die berechtigten Ansprüche des Saargebietes auf wirtschaftliche Berücksichtigung mit der Aufnahmefähigkeit Deutschlands für die Produktion des Saarbergbaus und der sonstigen Saarindustrie in Einklang bringen will. Diese nächstern Ueberlegungen sind mit Bestreben und Fahrenschwenken nicht zu erledigen.

Die deutsche Presse macht sich verdächtig viel Sorgen um das französische Prestige. Es ist rührend zu lesen, daß man besorgt ist, Frankreich könne sich im Jahre 1935 durch eine überwältigende Saarabstimmung für vorbehaltlose Rückgliederung nach Deutschland eine schwere Niederlage holen. Es ist nicht unsere Aufgabe, französische Prestigepolitik zu vertreten, und wir glauben auch nicht, daß die Sorgen der übrigen deutschen Presse ehrlich gemeint sind. Die Reichsregierung fürchtet die Saarabstimmung, weil sie berechnet, daß bis zum Jahre 1935 eine harte Ernüchterung der jetzt unter gewaltigem propagandistischem und terroristischem Druck des Nationalsozialismus lebenden Saarbevölkerung eintreten muß.

Frankreich und der Völkerbund werden, wenn sie nicht eine

beschämende Niederlage erleiden wollen, auch wirkliche Garantien für Leib und Leben und Gut der großen Teile der Saarbevölkerung schaffen müssen, die bei einer Rückgliederung der Schreckensherrschaft des Nationalsozialismus ausgeliefert sein würde. Es handelt sich nicht um die paar Emigranten, deren Zahl im Saargebiet wirklich nur gering ist und lediglich aus agitatorischen Gründen von der Hitler-Presse übertrieben wird. Es geht um hunderttausende Menschen, um Sozialdemokraten, Kommunisten, Juden, Katholiken, Sozialisten, Republikaner, Demokraten, um alle, die sich irgendwie im Sinne des Regimes mißliebig gemacht haben. Welche Garantien aber sind zu schaffen, die von der Reichsregierung und ihren zuchtlosen brannenden Banden, gegen die Staatsorgane sich immer wieder als machtlos erweisen, gehalten werden müßten? Die schwer bedrohten Volksteile an der Saar müssen vom Völkerbund und von der französischen Nation klare und befriedigende Auskünfte über diese Schicksalsfrage erwarten. Eine Lösung der Saarfrage, die auf diese Sorgen nicht genügend Rücksicht nimmt, müßte einen dauernden Unruheherd unmittelbar an der französischen Grenze schaffen. Um es klar zu sagen: die Reichsregierung denkt nicht daran, irgend ein Abkommen zum Schutze ihrer Gegner zu halten. Alle Welt weiß das. Es ist notwendig rechtzeitig auf die Verantwortung derjenigen hinzuweisen, die etwa geneigt sein sollten, diese politische Zentralfrage des Saargebietes nicht ernst genug zu nehmen.

Berlin über Chautemps

Das halbamtliche Conti-Büro schreibt über das neue französische Kabinett:

Frankreich hat innerhalb weniger Tage wieder ein Kabinett erhalten, aber niemand weiß, ob es eine Regierung sein wird. Die Wahrscheinlichkeit spricht sogar dagegen, daß der neue Ministerpräsident Chautemps lange im Amt bleiben wird, denn die parlamentarische Lage hat sich nicht geändert, und die Basis der neuen Kombination ist noch schwächer als die der vorhergehenden. Die neue Ministerliste wirkt wie eine Wiederholung des Experimentes, das Chautemps im Januar 1930 mit einer rein radikalen Regierung versucht hat. Damals wurde er bei seinem ersten Auftreten vor der Kammer gestürzt. Seit den Wahlen vom vorigen Jahre liegen die Verhältnisse etwas günstiger, aber immerhin so, daß entweder die Sozialisten oder die rechts von den Radikalen stehenden Gruppen zur Mehrheitsbildung notwendig sind. Chautemps hat aber weder von der einen noch von der anderen Seite Zusagen erlangt. Nicht einmal die Radikalen sind gewonnen worden. Seine drei Vorgänger auf dem Posten des Ministerpräsidenten, Paul-Boncour, Daladier und Sarraut, hat Chautemps in den Nachministerien, die sie bisher innehatten, beibehalten, so daß trotz der unruhigen parlamentarischen Lage und der Schwierigkeiten grundsätzlicher Entscheidungen eine gewisse Beständigkeit der Regierungspolitik gewahrt ist. Die wirkliche Entscheidung über Orientierung der französischen Politik innerhalb Europas ist mit Rücksicht auf die drängenden Finanzprobleme wieder einmal vertagt worden. Chautemps hat die Absicht nach dem Vorbild Poincarés vom Sommer 1926 ein Programm radikaler Einsparungen durchzuführen. Es fragt sich aber, ob er unter den gegenwärtigen Umständen über genug Zeit und Autorität verfügen wird.

Der Christensturm verstärkt sich

Der Deutsche Protestantismus von tiefen Gegensätzen zerrissen

Immer tiefer gehen die Auseinandersetzungen im protestantischen Lager. Man ist fast außerhande, all die Entschleunigungen und Erklärungen wiederzugeben, mit denen sich die verschiedenen Richtungen überhäufen, um die erste Klarheit zu schaffen. Die „Deutschen Christen“ erweisen sich täglich härter als Störer des Kirchenfriedens. Unso von ihnen toben die uralten Krier, die Christus am liebsten durch Hitler erlegen möchten. Am anderen Flügel gewinnt der Pfarrer-Rotbund mit seinen Feinden gegen die „Deutschen Christen“ immer mehr an Anhängern. Niemand vermag zu sagen, wie die evangelische Kirche in Deutschland vor Zerfall und Auflösung gerettet werden kann.

D'e Bischöflichen

Wir verzeichnen die Ereignisse des sonntäglichen Kriegsschauplatzes:

Im Weimar versammelten sich die Führer der Glaubensbewegung Deutscher Christen und lasen eine Entschleunigung, in der es heißt:

1. Die Glaubensbewegung Deutscher Christen steht als eine von alten Vorkämpfern der NSDAP. begründete Bewegung auf dem Boden des Parteiprogramms. Es können auch Nationalsozialisten aufgenommen werden, die noch nicht der Partei mitgliedmäßig angehören. Sämtliche Mitglieder verpflichten sich zur kräftigen Förderung der nationalen Weltanschauung im Sinne Adolfs Hitlers.

2. Die Glaubensbewegung Deutscher Christen steht als eine von Christen begründete Bewegung auf dem Boden des reinen Evangeliums. Die Bewegung steht nach wie vor auf dem Boden der Bekenntnisse der Kirche.

3. Die Glaubensbewegung Deutscher Christen baut sich auf dem Führerprinzip auf und stellt sich geschlossen hinter den Reichsleiter Bischof Hossenfelder.

Die Hitler-Christen

Wie wenig hinter solchen Aufrufen steht, ergibt sich aus der Tatsache, daß sich die Thüringer „Deutschen Christen“ von Bischof Hossenfelder loslösen. Ihnen sind die heutigen Taten noch nicht radikal genug im Sinne des Hitler-Bekenntnisses. Die nationalsozialistische „Thüringer Staatszeitung“ berichtet u. a. darüber folgendes:

Das Erleben unserer Tage, die geistige Durchdringung des Dritten Reiches bringt mit der alles umfassenden Idee Adolfs Hitlers eine neue Ausdeutung mit sich. Die Notwendigkeit eines neuen Standpunktes, von dem aus gesehen die alten Wahrheiten neuen Sinn und neuen Inhalt bekommen. Nichts ändert sich am positiven Bekenntnis als eins: Wir sehen die Offenbarung Gottes nicht abgeschlossen in alten Zeiten, sondern wir sehen Gott lebendig unter uns

und in unserem Führer Adolf Hitler sein Werkzeuge für unsere Tage. Das ist der Unterschied.

Mit anderen Worten: Die Thüringer „Deutschen Christen“ sehen in Hitler das lebendige Werkzeuge Gottes auf Erden. Sie beziehen den „Führer“ unmittelbar ein in ihr Glaubensreich Nationalsozialismus ist ihnen Religion, und sie leugnen eine Distanz zwischen Kirche und Partei. Hier klaffen so breite Risse in den Anschauungen, daß eine Verständigung nicht mehr möglich ist. Die „neue Ausdeutung“ nach Thüringer Muster wird jedem wirklichen Christen als Blasphemie erscheinen.

Württemberg, Bayern treten aus

Auf der anderen Seite aber steht der „Pfarrer-Rotbund“ mit seinen 3000 kritischen Protestanten. Jetzt hat die Glaubensbewegung „Deutsche Christen“ in Württemberg, die sich von der Reichsleitung getrennt hat, beschloßen, dem Pfarrer-Rotbund beizutreten, desgleichen die kirchlich-theologische Arbeitsgemeinschaft. Damit haben rund 800 Pfarrer Württembergs und die hinter ihnen stehenden Gemeinden nach einer Mitteilung des dortigen evangelischen Pressebüros mit der Glaubensbewegung Deutscher Christen gebrochen.

Die Landesleitung der Glaubensbewegung in Bayern übergibt der Öffentlichkeit eine Erklärung, in der die Weimarer Herbsttagung der Glaubensbewegung und die dortige Behandlung der Vorgänge im Gau Berlin scharf kritisiert werden.

Der bayerische Landesleiter hat für das Land Bayern den Austritt aus der Glaubensbewegung „Deutsche Christen“ ausgedrückt.

Landesbischöfliche für Pfarrer-Notbund

Der evangelische Pressedienst für Westfalen und Lippe teilt mit: Die Landesbischöfliche für Bayern, Württemberg, Hessen, der Pfalz und Baden hätten auf Grund einer Beratung am 24. November in Stuttgart die evangelische Kirchenleitung wissen lassen, daß sie die wertvollen Mitglieder des Pfarrer-Rotbundes in ihrem Kampf für die Bekenntnisgrundlage der Kirche nicht im Stich lassen würden.

Der Kirchenminister D. Schoeffel, Landesbischof von Hamburg, hat heute dem Reichsbischof um seine Entlassung aus seinem Amt als Kirchenminister gebeten. Der Reichsbischof hat diesem Antrag entsprochen. D. Schoeffel gehörte dem Kirchenministerium als Lutheraner an. Sein Rücktritt ist aufzufassen als ein Protest gegen die jüngsten Vorgänge bei den „Deutschen Christen“. Er bedeutet damit eine Unterstützung der Forderungen des Pfarrer-Rotbundes.

Zusammenbruch der Anklage

Im Urteil der „Times“

Der Korrespondent der „Times“ schreibt:
Der Reichstagsbrand-Prozess, zurückverlegt nach Leipzig, tritt morgen in sein drittes und letztes Stadium. Die Verurteilung wird wahrscheinlich in der Hauptsache sich auf zwei Charaktere und die Tätigkeit des Kommunismus beziehen, dem die moralische Verantwortung für den Reichstagsbrand zugeschrieben wird. Das Meiste der Beweisaufnahme, soweit es sich auf die direkte Teilnahme der Angeklagten bezieht, haben wir nun gehört und es ist gut, kurz den gegenwärtigen Stand zusammenzufassen.

Es ist kein direkter Beweis für die Teilnahme der Angeklagten an der Brandlegung erbracht, mit Ausnahme von dem der Lubbe, der im brennenden Gebäude gefunden wurde und der darauf besteht, daß er es allein und aus eigenem Antrieb angezündet habe. Die stärkste indirekte Belastungslage ist die von fünf Nazijugenden, die behaupten, Torgler, Ban der Lubbe, Popoff und Taneff (Dimitroff war erweislich fern von Berlin am Tage des Brandes oder einen oder zwei Tage vorher im Reichstag gesehen zu haben, und die zwei Tage vorher im Reichstag gesehen zu haben, und die zwei Tage vorher im Reichstag gesehen zu haben, als der Brand ausbrach.

Die Aussagen dieser Zeugen haben ein auffallendes gemeinsames Merkmal: sie alle schwören positiv, ohne die Möglichkeit eines Irrtums anzugeben, einen Mann zu identifizieren, den sie im Vorübergehen gesehen haben, manchmal in der Dunkelheit oder im schlechten Licht, obwohl sie sich in genauer Einzelheiten der Kleidung und ähnlichem nicht erinnern können.

Dann ist der Nazi-Kellner des Restaurants Bavernhof da, der schwört, Lubbe mit Dimitroff oft zwischen Mai und Oktober 1932 dort gesehen zu haben. Alle anderen Kellner, die erklärt, daß er in der deutschen Partei nie einen anderen Namen geführt habe. Er sei aber im Jahre 1924 und 1925 in Oesterreich gewesen, um dort an der Parteiarbeit teilzunehmen. Dort habe er als Decknamen den Namen Peter geführt. Als er nach Deutschland zurückgekommen sei, habe es sich dann eingebürgert, daß er im Kreise seiner engeren Mitarbeiter und Freunde Peter genannt wurde. Das sei aber niemals sein Name gegenüber den Behörden gewesen, denn ihnen gegenüber sei er immer unter dem richtigen Namen aufgetreten.

Wer ist „Peter“?
Die letzten Zeugenvernehmungen zum Brandkomplex

Die letzten Zeugenvernehmungen zum Brandkomplex

Fortsetzung aus Nummer 134

Die Vernehmung des Zeugen des kommunistischen Schriftstellers Hirsch wendet sich dann dem Hauptpunkt zu, nämlich dem Namen Peter, den der Zeuge einmal geführt hat. Hirsch erklärt, daß er in der deutschen Partei nie einen anderen Namen geführt habe. Er sei aber im Jahre 1924 und 1925 in Oesterreich gewesen, um dort an der Parteiarbeit teilzunehmen. Dort habe er als Decknamen den Namen Peter geführt. Als er nach Deutschland zurückgekommen sei, habe es sich dann eingebürgert, daß er im Kreise seiner engeren Mitarbeiter und Freunde Peter genannt wurde. Das sei aber niemals sein Name gegenüber den Behörden gewesen, denn ihnen gegenüber sei er immer unter dem richtigen Namen aufgetreten.

Vorsitzender: Sie haben aber die hier in Frage kommenden Quittungen mit Peter unterschrieben. Bei den Quittungen handelt es sich doch um einen wichtigen Rechtsakt, und die Unterschrift mit falschem Namen ist verboten.

Zeuge Hirsch: Ich erkläre mir das heute so, daß ich zu der Zeit, als ich die quittierten Beträge für meine Ausarbeitungen erhielt, nicht mehr mit dem Parteiapparat in Verbindung geraten wollte, da ich meine eigentliche Tätigkeit ja schon ausgeübt hatte. Deswegen habe ich wohl die Quittungen nicht mit meinem richtigen Namen unterschrieben. Der Vorsitzende fragt den Angeklagten Popoff, wie es komme, daß diese Quittungen bei ihm gefunden wurden. Popoff erklärt ziemlich erregt:

Popoff: Das ist ganz ausgeschlossen, daß Hirsch die Quittungen geschrieben hat. Die Quittungen sind in meinem Besitze von meinem Bekannten Peter ausgeschrieben und unterschrieben worden.

Vorsitzender: Die Beträge waren zur Deckung der Ausgaben, die er für mich zur Beschaffung von Druckschriften gemacht hat, bestimmt.

Vorsitzender: Hat Popoff nicht gehört, daß der Zeuge gesagt hat, die Quittungen rühren von ihm her?

Popoff: Das ist ganz ausgeschlossen. Für mich ist das ein Rätsel. Wäre der Zeuge mit Bestimmtheit behaupten, diese Quittung ausgeschrieben zu haben?

Zeuge Hirsch: Ich kann es nicht mit Bestimmtheit sagen. Ich kann nur sagen, daß die Handschrift täuschende Übereinstimmung mit meiner eigenen aufweist, und ich daher annehmen mußte, daß sie von mir geschrieben worden sind. Der Zeuge erklärt weiter, es sei ausgeschlossen, daß er mit dem Bekannten Peter des Popoff identisch sei.

Vorsitzender: Dann soll Popoff sagen, wer Peter ist. Er hat das bisher verheimlicht.

Popoff: Ich erkläre mit lauter Stimme: Ich kenne seinen Familiennamen nicht, ich weiß nicht, wo er wohnt. Er ist ungefähr 25-30 Jahre alt, groß und blond. Der Zeuge Hirsch, der hier steht, hat nichts gemein mit jenem Peter, von dem ich die Quittungen bekommen habe.

Zeuge Hirsch: Nach meiner festen Überzeugung ist es vollkommen ausgeschlossen, daß die Zahlungen, die ich quittiert habe, irgendwie von Popoff gekommen sein sollten.

Der Zeuge Hirsch: wird dann veranlaßt, am Gerichtstisch den Quittungstext in deutscher und lateinischer Schrift abzuschreiben, damit das Gericht Schriftproben zur Vergleichen hat.

H. A. Dr. Leichert: weiß auf Grund der Schriftprobe darauf hin, daß das große A und F von dem Zeugen ganz anders geschrieben worden seien als auf den Quittungen. Wenn noch Zweifel bestünden, beantrage er, einen Schriftsachverständigen zu vernehmen zum Beweise dafür, daß die Quittungen nicht von dem Zeugen geschrieben sind.

Der Angeklagte Taneff: erklärt, daß jener Peter, der ihn bei seiner Ankunft in Berlin auf Popoffs Veranlassung in die Wohnung des Sohne geführt habe, ein ganz anderer Mensch gewesen sei, als der hier vernommene Zeuge Hirsch. Er habe auch nicht die mindeste Ähnlichkeit mit diesem Zeugen gehabt. Der Angeklagte Dimitroff fragt dann den Zeugen, welche politische Linie die kommunistische Partei im Jahre 1932 und Anfang 1933 gehabt habe.

Zeuge Hirsch: Die politische Linie war durch Beschlüsse der Partei dahin festgelegt, daß die zentrale Aufgabe die Eroberung der Mehrheit für die Ziele des Kommunismus war.

Dimitroff: Sollte eine bewaffnete Aktion gemacht werden, wenn die Nationalsozialisten an die Macht kämen?

Sekretär und zwei Angestellte der Roten Hilfe verneinen, daß sie die Bulgaren je gesehen hätten. Fünf Zeugen aus Russland haben bezeugt, daß Popoff in Moskau war oder in der Krim und zwar von Mai bis Oktober 1932, und ein Zeuge aus Bulgarien hat bezeugt, daß Taneff zu dieser Zeit in Sofia war. Der Staatsanwalt sucht aus diesen Aussagen zu entnehmen, daß die drei Bulgaren mit den deutschen Kommunisten und mit Ban der Lubbe in Verbindung standen.

Dann gibt es eine dritte Kategorie von Zeugen der Staatsanwaltschaft. Da ist der Landstreicher Organistka, der, gerade vor Prozeßbeginn, die Polizei informierte, daß er den Ban der Lubbe im Oktober 1932 auf der Landstraße getroffen hätte, wo der Holländer vom Anzünden des Reichstags gesprochen habe: es ist, so scheint es, erwiesen, daß der Ban der Lubbe zu dieser Zeit persönlich keine Invalidentrente zu Leiden in Holland bezogen hat. Da ist der Strafgefangene Lebemann, der behauptete, Torgler hätte ihn 1932 angeklagt, den Reichstag in Brand zu setzen; das Gericht zog es vor, zu erwägen, ihn auf seinen Geisteszustand untersuchen zu lassen. Da ist der frühere Kommunist Grothe, dessen Verhaftung wegen Verdachtes des Weintricks die Verteidigung vergeblich beantragte. Er behauptete, es sei ihm von zwei anderen Kommunisten von einer Zusammenkunft der Brandstifter am Nachmittag des Feuers erzählt worden und von einer Zusammenkunft einige Tage vor dem Feuer im kommunistischen Hauptquartier (leer und unter Polizeiaufsicht seit zwei Wochen vor dem Brand), um über den Brand zu beraten, und so weiter. Viele der in diesen verschiedenen Aussagen verwickelten Männer, die meisten von ihnen sind jetzt in Konzentrationslagern, haben erklärt, daß sie von Anfang bis Ende Märchen sind.

Torglers Alibi für die Zeit des Brandes ist unangreifbar, es ist nicht klar, ob die Staatsanwaltschaft versuchen wird, zu zeigen, daß er seine Hand in der Vorbereitung des Feuers hatte. Popoff und Taneff behaupten, sie waren zur Zeit des Feuers in einem Kino gewesen, aber sie haben offenbar Schwierigkeiten in der Herbeibringung von Zeugen, um das zu erweisen.

Zeuge Hirsch: Solche Bestrebungen kamen nach der Genehmigung der Parteiführung Ende 1932 und Anfang 1933 nicht in Frage.

Nach der gesamten Theorie und Praxis der Kommunisten ist für einen solchen Aufstand notwendig eine revolutionäre Situation, in der die kommunistische Partei bereits die Mehrheit der Arbeiterschaft hinter sich hat, und die übrigen Massen zum größten Teil neutralisiert werden konnten. Die Zeit um die Jahreswende 1932/33 stellte geradezu das Gegenteil einer solchen Situation dar.

Auf eine Einwendung des Oberreichsanwaltes erklärt der Zeuge Hirsch: Selbstverständlich war sich die kommunistische Partei darüber klar, daß ihr Endziel, die Errichtung der Räterepublik, nur auf dem Wege der Revolution durchgeführt werden konnte. Wenn aber ein ersterer Funktionär der kommunistischen Partei um die Jahreswende 1932/33 die Frage der Machtergreifung durch die Arbeiterbewegung als eine akute Aufgabe eingestuft hätte, so wäre er ohne weiteres seiner Funktion entsetzt worden.

Nun wird der Schriftsteller Bruno Peterson als Zeuge vernommen. Er gehört seit 1919 zur kommunistischen Partei und erklärt, daß er auch heute noch ihren Zielen anhängt. In den Tagen vor dem Reichstagsbrand ist er oft bei Torgler im Reichstag gewesen. Der Zeuge war auch am Abend des Brandes mit Torgler und Koenen bei Köhlinger, ist aber dort schon früher weggegangen und hat von dem Brande erst am nächsten Tage aus den Zeitungen erfahren. Ueber die Quittungen des Zeugen Hirsch erklärt er, daß er an diesen Zeugen keinerlei Zahlungen geleistet habe.

Der Zeuge Hirsch wird noch einmal vorgerufen und ihm werden die Aussagen Petersons vorgehalten. Er erklärt aber immer wieder, daß er vielleicht nur gealuldet habe, Bruno Peterson vermittelte die Sache mit dem Gelde, daß aber tatsächlich die Stenotypistin Stark das selbst erledigt habe. Der Vorsitzende erklärt, er müsse auf die frühere Aussage von Hirsch verweisen, wo er klar und deutlich festgestellt habe, daß er die Gelder von Peterson erhielt. Der Vorsitzende stellt noch fest, daß die Stenotypistin Stark schuldig ist.

Zeuge Peterson: Die Sache erklärt sich vielleicht in folgender Weise: Hirsch mußte, daß ich im Karl-Liebknecht-Haus zu tun hatte und daß die Stenotypistin Stark auch mit mir zu tun hatte. Wenn er nun von ihr Geld bekam, das er quittierte, so hat er dabei vielleicht in der Vorstellung gelebt, daß Geld komme von mir. In Wirklichkeit kam es aber die Stark direkt vom Zentralkomitee geholt haben. Der Vorsitzende erklärt die Aussagen beider Zeugen für unwahrscheinlich.

H. A. Dr. Leichert: fragt, ob angenommen werde, daß die bei Popoff gefundenen Bruno-Quittungen von dem Zeugen Peterson ausgestellt sein sollen.

Der Zeuge Peterson: erklärt dazu, daß von ihm diese Quittungen nicht seien und daß er nie an einen der Angeklagten Quittungen mit seinem Namen gegeben habe.

Es folgt dann die letzte Zeugenvernehmung zum Tatkomplex, die Vernehmung des Maurers Schmidt, in dessen Wohnung nach der Befragung des Zeugen Grothe in der Nacht vom 26. zum 27. Februar Mitglieder des Rotfrontkämpferbundes im Alarmzustand gelegen haben sollen. Der Zeuge nimmt auf seinen Eid, daß das nicht der Fall gewesen ist. Er kenne den Grothe gar nicht. Der Zeuge bezeichnet im übrigen die Aussagen Grothes als Fantastien.

Die Weiterverhandlung wird dann auf Montag vertagt.

Torgler entkräftet!

Wie wir erfahren, hat sich das körperliche Befinden Torglers in letzter Zeit erheblich verschlechtert.

Meincke und Manöver

Ossietzky und der Reichstagsbrandprozeß

Prag, 25. Nov. (Ansch.) In der Verhandlung vor dem Reichsgericht am 30. Oktober bezeugte der Gastwirt Stawitzki, daß der frühere Herausgeber der „Weltbühne“, Carl v. Ossietzky, am Abend des Reichstagsbrandes, dem 27. Februar 1933, mit dem Sekretär der kommunistischen Reichstagsfraktion Rübne, Karlen Spielend in seiner Anzelle gesehen hätte. Stawitzki will die Beobachtung zwischen 18 und 19 Uhr gemacht haben.

Die „Neue Weltbühne“ veröffentlicht zu dieser Aussage einen Brief der früheren Verlegerin der „Weltbühne“, Edith Jacobsohn, gerichtet an Hellmut v. Gerlach, der wie folgt lautet:

„Ich erinnere mich selbstverständlich ganz genau, daß Sie und Herr v. Ossietzky am Montag, dem 27. Februar dieses Jahres, nachmittags bei mir waren. Ossietzky kam gegen sieben Uhr und blieb ungefähr bis halb zehn Uhr. Auf die Minute kann ich die Zeit natürlich nicht mehr angeben, aber diese ungefähre Zeit ist mir genau im Gedächtnis. Selbstverständlich bin ich bereit, diese Aussage auf jede Art zu bekräftigen, und bitte Sie, sie so zu verwenden, wie Sie es für richtig halten.“

Nimmt man noch dazu, daß Stawitzki und der Geschäftsführer Kraschewski übereinstimmend nicht nur Ossietzky und Rübne, sondern auch noch „zwei Chauffeure“ und schließlich noch die kommunistischen Abgeordneten Torgler und Koenen, sowie den Journalisten Erich Birkenbauer während des Brandabends an dem „Schwimmbad“ gesehen haben wollen und daß die Zusammenkunft bis 130 Uhr nachts gedauert haben soll, so hat man zwei weitere „klassische Zeugen der klassischen Anklageschrift“.

Hellmut v. Gerlach bemerkt zu den Zeugenaussagen: „Ossietzky ist seit dem 28. Februar im Konzentrationslager. Diese Eineinziehung in den Reichstagsbrandprozeß dürfte nicht dazu angetan sein, seine Behandlung im Lager zu verbessern und seine Entlassung zu beschleunigen.“

Eine Erklärung des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Deutschlands

Das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Deutschlands übersendet dem Verteidigungskomitee folgende Erklärung:

Das Zentralkomitee der KPD erklärt zu den Aussagen des als Zeugen im Reichstagsbrandprozeß vernommenen Grothe, daß Grothe niemals irgendwelche Funktionen im zentralen Apparat der KPD. bekleidet hat und schon deshalb nicht in einer solchen Funktion an der von ihm behaupteten Sitzung in der der Plan der Reichstagsbrandstiftung besprochen worden sein soll teilgenommen haben kann. Diese Tatsache widerlegt zum Überflus die den Stempel der Lüge an der Stirn tragenden Aussagen Grothes, der nichts anderes als ein bezahlter Provokateur im Dienste der Hitler-Faschisten betrachtet werden kann.

Prozeßmanöver des Reichsgerichts

Das Berliner Tageblatt vom 22. 11. verrät, mit welchen Fragen sich eigentlich das Reichsgericht noch weitere Wochen und bis in das Jahr 1934 zu beschäftigen gedenkt, nachdem doch die Zeugenvernehmung über die Brandstiftung selbst als abgeschlossen bezeichnet wird.

„Es handelt sich darum festzustellen, von welchen Motiven die Angeklagten geleitet waren. Inwiefern sie die Reichstagsbrandstiftung begangen haben. Die Frage, ob die Angeklagten auf Grund des umfangreichen, in Berlin geführten Indizienbeweises als schuldig zu erachten seien, wird der 1. Strafsenat natürlich erst in der Beratung über das Urteil beantworten.“

Ein höchst eigenartiges und umständliches Verfahren, vier Wochen zur Untersuchung der Beweggründe während noch — nach den Worten des Berliner Tageblattes — die Tat selbst zweifelhaft ist? So unlogisch ist selbst das falsche Reichsgericht nicht! Mit dieser fadenscheinigen Begründung wird zugewarten, daß das Urteil bereits fertig ist und festlag ohne Rücksicht auf den Ausgang der Beweisaufnahme. Andererseits hat die Hitlerregierung vier Wochen „Motivuntersuchungen“ nötig, um das verbrecherische und skandalöse Auftreten Görings und Hühbels und die übrigen gestellten Zeugen aus dem Gedächtnis der Welt verschwinden zu lassen und eine mit großem Geschrei angelegene Propaganda über die „internationale Gemeingefährlichkeit“ der Weltanschauung der Angeklagten aufzusetzen. Damit soll noch vor der Urteilsverkündung die öffentliche Weltmeinung eingefangen und günstig gestimmt werden.

Die Hitlerregierung wird sich wieder einmal geirrt haben! Ihre Methoden sind zu plump, als daß sie nicht von der Öffentlichkeit sofort durchschaut werden. Die Welt stellt nicht die Frage nach der Gesinnung der Angeklagten, sondern die des Prozeßes: Sie verlangt von der Regierung und dem Gericht den Nachweis, der nach dreimonatlicher Prozeßdauer und nach abgeschlossener Zeugenvernehmung flüchtig gescheitert ist.

Massenverhaftungen

Für die Tat eines Geisteskranken

Die gleichgeschaltete Presse meldet:

Die große Strafkammer Freiburg hat auf Grund des übereinstimmenden Ergebnisses verschiedener psychiatrischer Gutachten, besonders des Oberaufsehens eines gerichtsarztlichen Ausschusses für das Land Baden, den Beschluß gefaßt, dem wegen zweifachen Mordes angeklagten früheren sozialdemokratischen Landtagspräsidenten Christian Ruckbaum den Schutz des Paragrafen 51 zu gewähren und ihn damit anherhalb jeder strafrechtlichen Verfolgung zu setzen. Ruckbaum bleibt fernerhin als gemeingefährlicher Geisteskranker in Gewahrsam.

Ruckbaum hatte am 17. März d. J. anlässlich einer polizeilichen Durchsuchung seiner Wohnung nach Waffen zwei Kriminalbeamte durch Revolverkugeln getötet. Er war zur Untersuchung auf seinen Geisteszustand in die Landespflegeanstalt Wiesloch gebracht worden.

Es ist nur vergessen worden, eins hinzuzufügen: Wegen dieser Tat wurde seinerzeit als „Repressalie“ die gesamte sozialdemokratische badische Landtagsfraktion gefangen gesetzt. Wegen der Tat eines jetzt für geisteskrank erklärten Mannes. Rechtsstaat!

Nazi-Blatt beschlagnahmt!

Essen, (Ansch.) Das Geheime Staatspolizeiamt hat der Schriftleitung der nationalsozialistischen Essener „National-Zeitung“, die bis vor etwa einem Monat offizielles Organ des Preussischen Ministerpräsidenten Göring war, folgendes mitgeteilt: Durch die auf einem technischen Versehen beruhende verfrümmelte Übermittlung eines Antrages des Geheimen Staatspolizeiamtes an die Polizeibehörden, die infolgedessen Anlaß zu einer irrtümlichen Auslösung gab, ist ein erheblicher Teil der Korrespondenz der „National-Zeitung“ vom 21. November 1933 verheerend eingezogen worden.

An die „verfrümmelte Biedersee“ einer so einschneidenden wichtigen Maßnahme, wie es das Verbot einer Parteizeitung darstellt, glaubt natürlich kein Mensch. Es handelt sich ja nicht einmal um irgendein beliebiges Parteiblatt, sondern um das Vertrauensorgan Görings, das er als sein „amtliches Organ“ ansah. Die Hitler-Regierung hat in einer Lösung der offiziellen Verbindung etwas sehr sehr merkwürdiges, daß die Geheime Staatspolizei eine Anmeldeurteilung erteilt hat, die sich mit der „National-Zeitung“ befaßt; das ist auch nicht bestritten.

„Rettung des deutschen Bauern“

Adolf Hitler hat im Laufe der letzten Monate mehrfach erklärt, daß er von den Problemen der Volkswirtschaft nichts verstehe. Das war allerdings nicht immer so, denn kurz vor seiner Machtergreifung und unmittelbar nach seiner Berufung zum deutschen Reichskanzler stellte er nicht nur ein, sondern sogar zwei Wirtschaftsprogramme in Aussicht. Jedes sollte nach seinen damaligen Erklärungen vier Jahre in Anspruch nehmen. Das erste sollte sich mit der „Rettung des deutschen Bauern“, das zweite mit der „Rettung des deutschen Arbeiters“ befassen. Diese merkwürdige Reihenfolge ist denjenigen, die nicht mit dem Mute, sondern mit dem Kopfe denken, niemals recht verständlich geworden, da es sich in Deutschland um ein Land handelt, das nach den Berechnungen der führenden und nicht gleichgeschalteten Statistiker und Wirtschaftswissenschaftler zu 60 bis 75 Prozent auf die industrielle Produktion und zwar vornehmlich auf den Export, also auf die Tätigkeit des deutschen Arbeiters angewiesen ist. Die von Hitler in seinem ursprünglichen „Mittelschichtprogramm“ aufgestellte Reihenfolge mag mit der berühmten „Bindung von Blut und Boden“, also mit Dingen zusammenhängen, die die Bekämpfung der Agrarkrise derjenigen der industriellen Arbeitslosigkeit voranstellt, dann näher, wenn man berücksichtigt, daß die Partei Adolf Hitlers ihre wichtigsten Wahlerfolge stets bei der landwirtschaftlichen Bevölkerung erzielt hatte und daß man sich also wenigstens in den ersten Monaten einer erst später zu stabilisierenden Herrschaft darüber klar war, daß man vor allem die landwirtschaftliche Bevölkerung bei guter Laune erhalten müsse.

Diese landwirtschaftliche Bevölkerung in Deutschland wird von dem Hitler-Regime stets unter der mehr poetischen als wirtschaftlich und soziologisch richtigen Bezeichnung des deutschen Bauern zusammengefaßt.

In Wirklichkeit sind die Interessen des eigentlichen Bauern in Deutschland denen des hauptsächlich Getreide erzeugenden völkischen Großgrundbesitzes diametral entgegengesetzt, weil der kleine und mittlere Bauer, der zahlenmäßig die wichtigste Gesellschaft Hitlers innerhalb des Agrarbereiches darstellt, weder Brot- noch Futtergetreide zum Verkauf an „Markt“, sondern vielmehr darauf angewiesen ist, beides, in jedem Falle aber die Futtermittel anzukaufen. Er hat also nicht ein Interesse an hohen Preisen für pflanzliche Produkte, bzw. an hohen Röhren für Getreide und Futtermittel, sondern im Gegenteil dazu an einem möglichst niedrigen Niveau für diese Mittel. Auf der anderen Seite hat der Bauer, der sich in Deutschland ganz vorwiegend der tierischen Zuchtproduktion widmet, das größte Interesse an einer steigenden Kaufkraft der Konsumentschichten, die es den Arbeitern allein ermöglicht, neben der Deckung ihres dringenden Nahrungsbedarfes an Brot, Kartoffeln usw. auch noch Geld für Fleisch, Eier, Butter usw. anzugeben. Auch wenn man darauf verzichtet, diese scharfen Interessengegenstände, die hier bestehen und die bei der Erhaltung der heutigen Struktur der deutschen Landwirtschaft einfach gar nicht zu beseitigen sind, bis ins letzte auszuführen, versteht man, daß dieser Sammelbegriff des deutschen Bauern wirtschaftlich und soziologisch in diesem Lande ein Unsinns ist, weil es nie auf längere Zeit hinaus gelingen kann, den Produktionsproduzenten, also den bäuerlichen Käufer von Futtermitteln für die Interessen der an hohen Getreidepreisen allein begüterten Großgrundbesitzer einzuspannen.

Wie zu erwarten war, ist dieser annäherlich künstlich verfehlerte Interessengegenstand innerhalb der deutschen Landwirtschaft auch sehr bald — einige Monate nach der Machtergreifung Hitlers — aufgebrochen.

Inzwischen war es um die „Rettung des deutschen Bauern“ allerdings sehr still geworden und man beanugte sich, einige Gesetze zu machen, die der Anteil der Bauern als eines vor allen anderen privilegierten Standes zwar schmälern mögen, die ihm aber im Grunde genommen wirtschaftlich nichts boten, sondern seine schlimme Lage eher noch schwieriger gestalteten. Zunächst beanugte man sich mit der Festhaltung nominell hoher Preise für die meisten Agrarprodukte, ohne aber ansehnlich der nach wie vor auf niedrigerem Niveau stagnierenden Massenkaufkraft ihren Abfall steigen

oder auch nur aufrecht erhalten zu können. Als die Bauern erkannten, daß sie jetzt nach ihrer „Rettung“ zu den festgesetzten höheren Preisen eher noch weniger abgeben konnten, als vorher, war eine zunehmende Oppositionsbewegung unter ihnen die Folge und diese Stimmung scheint neuerdings sogar auf gewisse Kreise des Großgrundbesitzes überzugreifen. Gerade eine solche Opposition der Großagrarien hielt man aber aus politischen Gründen für gefährlich, da ja die engen Zusammenhänge zwischen der Reichswehr usw. und den Großgrundbesitzer-Familien bekannt sind.

Aus diesem Grunde versucht man durch außerordentliche Erhöhungen der Subventionen für die Landwirtschaft den offenen Ausbruch einer solchen Opposition hinauszuschieben.

Diese enormen Steigerungen der Subventionen werden aus den Angaben über die vielfachen Erhöhungen der Erträge deutlich. Man versucht sich durch diese Geldopfer weiter eine gewisse Vereinnahmung der Landwirtschaft bei der Unterstützung des eigentlichen Arbeitsbeschaffungsprogrammes zu erkauften und zwar geschah dies in den Sommermonaten vorwiegend in der Weise, daß man die Landwirtschaft zwingt, städtische Erwerbslöse bei sich aufzunehmen, um sie dann wieder auf den Wägen möglichst auch noch „übermintern“ zu lassen. Für die Landwirtschaft selbst ist auf diese Weise natürlich nicht das Mindeste getan worden. Ihr glaubte man wenigstens äußerlich insofern entgegen zu kommen, als man das Erbhörsgesetz schuf und auf diese Weise dem Bauern vorzutäuschen versuchte, daß er nun endgültig aus den Klauen seiner Gläubiger gerettet sei.

In Wirklichkeit hat auch dieses Gesetz auf der ganzen Linie versagt. Die alten Kredite an die Landwirtschaft sind so wie so nicht eingetreten. Das mühen die Gläubiger aus der Zeit vor der Machtergreifung Hitlers genau so, wie sie es heute erst recht wissen.

Erreicht wird aber, daß auch die geringste Möglichkeit, der Landwirtschaft neue Kredite zuzuführen, jetzt völlig geschwunden ist. Jeder, der bei einer etwaigen Besserung der Agrarkrise den Bauern neue Darlehen in Deutschland geben wollte, weiß nach dem Erbhörsgesetz ganz genau, daß er nicht mehr die mindeste Sicherheit für sein Geld beanspruchen kann. Da zuankunft des ältesten Erben alle jüngeren Brüder und Schwestern durch das Gesetz enteignet werden, dürfte es auch nicht gerade dazu beitragen, den von Hitler so sehr erhofften Aufschwung des „Sinnes“ für das deutsche Familienleben zu heben. Das Gesetz trägt vielmehr naturgemäß dazu bei, die jüngeren Geschwister zu proletarisieren. Sie werden nämlich entweder zu karglich entlohnten Landarbeitern bei ihrem erbberechtigten ältesten Bruder oder aber — und das dürfte häufiger sein — sie ziehen zur endgültigen Verdingung der unaufrichtigen Familienmitglieder. Die dieses Gesetz hervorruft und hervorruft muß, in die Stadt, um dort das erwerbslose Industrieproletariat zu vermehren. Also ein schöner Erfolg eines Programmes, das den Sinn für die deutsche Familie und die Rettung des deutschen Bauern als ihr Ziel eingestanden hat!

Neben dieser rein soziologischen Seite, die man nicht ernst genug nehmen kann, hat aber das landwirtschaftliche Rettungsprogramm des „dritten Reiches“ noch eine ebenso ernste Seite konjunktureller Natur.

Es gibt nämlich unter den führenden internationalen Agrarpolitikern heute kaum mehr einen Streit darüber, daß der spezielle Charakter der heutigen Agrarkrise vor allem darauf zurückzuführen werden muß, daß die ganze Welt-Agrarwirtschaft, insbesondere aber der Getreidebau einen allgemeinen Kapitalisierungsprozeß durchläuft. Er wird auf diese Weise immer mehr den Gesetzen der kapitalistischen Wirtschaft unterstellt. Während die Landwirtschaft in den Zeiten früherer großer Industrie Krisen einen krisenfreien Sektor bildete, in dem die Konjunkturpolitik durch Verplanung von Arbeitslosen aus der Industriewirtschaft in die Agrarwirtschaft sogar vielfach in beträchtlichem Maße „ausweichen“ konnte, hat sich heute die Verflechtung der Agrarproduktion mit der gesamten abstrakten kapitalistischen Produktionswirtschaft so verstärkt, daß sie in ihrer konjunkturellen Entwicklung von der allgemeinen Konjunkturbewegung unlösbar abhängig geworden ist.

Die Gründe für diese ganze moderne Entwicklung der Weltagrarwirtschaft sind bekannt. Vor allem liegen sie auf dem Gebiete der Industrialisierung der landwirt-

schaftlichen Produktion, die durch die Erfindung der letzten Jahrzehnte immer mehr in die Lage gekommen ist, eine fabrikmäßige Massenproduktion zu betreiben.

Diese Industrialisierung der landwirtschaftlichen Betriebe, besonders der großen und Getreide bauenden Betriebe, läßt sich vielleicht in dem einen oder anderen Lande mit Erfolg vorübergehend verlangsamen, aber niemals beseitigen. Eine Freier der landwirtschaftlichen Sektors von der übrigen freien kapitalistischen Wirtschaft ist zur Unmöglichkeit geworden. Man kann diese Entwicklung, die besonders auf dem Gebiete des Körnerbaues mehr oder minder schnell von der bodenständigen Bauernwirtschaft zur „Getreidefabrik“ nach amerikanischem oder russischem Muster führt, aus moralischen, romantischen, nationalen und ethischen Gründen vielleicht bedauern, aber sie ist vorhanden und man kann sie nicht einfach in Abrede stellen.

Der ganze landwirtschaftliche Sektor wurde nun durch die deutschen Agrargesetze vom 13. September er. aus der gesamten freien Marktwirtschaft in Deutschland herausgehoben.

Statt der Grundgesetze von Angebot und Nachfrage sollen autoritäre Diskrete den Preis für die wichtigsten landwirtschaftlichen Erzeugnisse bestimmen. Diese Festpreise sind für Getreide und Futtermittel bereits auf ein ganzes Jahr im Voraus festgesetzt worden. Die übrigen Erzeugnisse, insbesondere diejenigen der bäuerlichen Veredlungswirtschaft sollen in fernerer Zeit folgen. Hand in Hand hiermit geht die schon erwähnte Zwangsabwicklung der Bodenpreise, bzw. ein Verkaufsverbot für landwirtschaftliche Unternehmungen überhaupt nach dem Erbhörsgesetz. Zusammenfassend kann man feststellen, daß dem Bauern in Deutschland noch seiner sogenannten „Rettung“ jetzt gleichgültig bzw. durch die Behörden genau vorgeschrieben wird, was er anbauen soll, wo und wieviel er anbauen soll, was er verkaufen soll und wann, bzw. zu welchen Preisen er verkaufen darf. Wer die buerliche Psychologie, die in Deutschland natürlich nicht anders ist als in der ganzen Welt, auch nur einigermaßen kennt, weiß, daß das der Zusammenbruch der ganzen bäuerlichen Welt ist und daß Hitler hier in seiner Vauernpolitik ebenso schnell scheitern wird und muß wie Stalin, der immerhin den wahren Charakter der modernen Agrarkrise ganz anders erkannt hat, mit seiner Vauernpolitik gescheitert ist.

So sieht die „Rettung des deutschen Bauern“, also derjenigen Schicht aus, die am meisten überaus war, daß es ihr zum Segen gereichen müßte, wenn Hitler zur Macht gelangen würde. Das wirtschaftliche Problem ist vielleicht nicht das wichtigste im Rahmen der Beurteilung des ganzen Hitler-Komplexes, denn manche soziale und politische Frage mag wichtiger sein. Das landwirtschaftliche Problem, die „Rettung des deutschen Bauern“ mag vielleicht wiederum auch nicht das wichtigste im Rahmen der Gesamt-Analyse der Wirtschaftspolitik des „dritten Reiches“ sein. Wichtig aber ist die Erkenntnis für alle anderen Vauernvölker Europas, was aus Hitlers Versprechungen an die deutsche Bauern geworden ist und wie die viel gepriesene „Rettung des deutschen Bauern“ in der nächsten Wirklichkeit aussieht.

Die Champagner-Schlacht

(N.F.) Den angestrengten Bemühungen der Führer der SA und der Deutschen Arbeitsfront ist es, wie das statistische Reichsamt mitteilt, gelungen, die deutsche Sektorproduktion im letzten abgelaufenen Produktionsjahr um eine halbe Million Flaschen zu steigern. Zur Senkung der Lebenshaltungskosten dieser außerordentlich vollen Führerschaft verzichtet das Reich, dem die Gelder für die Erwerbslosen fehlen, auf die Welterhebung der Sechststeuer.

Das bedeutet für das Reich zwar einen Einnahmeausfall von rund 42 Millionen, aber eine Verbilligung der Flasche Sekt um durchschnittlich 30 Pfennige. Es besteht daher begründete Aussicht, daß sich der Sektverbrauch um diese Summe heben wird. Dem Stabsleiter der politischen Organisation der NSDAP, Dr. Vogt, ist jedenfalls zuzutragen, daß er seine bewährte organisatorische Kraft in den Dienst der Hebung des deutschen Sektsumms stellen wird, so daß wir bald von einer siegreichen Champagner-Schlacht hören werden. Gleichzeitig wird durch die „Gewerkschafts“-Zeitungen (wir zitieren nach „Arbeit und Staat“, Nr. 16) den deutschen Arbeiterfrauen empfohlen, sich in ihrer Speisekammer „eines der wichtigsten Früchte“ einzurichten, nämlich das, auf dem „ein Flaschen Rum und eine Flasche Rotwein“ ihren Platz finden. Wovon die Nazis den Sekt bezahlen, ist leicht erklärlich. Die Arbeiter, die für ihre Kinder längst keine Milch mehr kaufen können, sollen sich aufsehnend mit Rum und Rotwein über die vielen Lohnabzüge trösten, für die nicht zuletzt Dr. Vogt die Verantwortung trägt.

Ihr „Sozialismus“

Der „Verband leitender Angestellter“ (Vela) ist viel zu vornehm, als daß er so Volksgemeinschaft des „dritten Reiches“ der gewöhnlichen Deutschen Arbeitsfront eingegliedert werden könnte, denn in ihm sind die Herren Generaldirektoren usw. organisiert. Vor diesem erlauchten Kreise hat kürzlich Vg. Köhler, der Leiter der Kommission für Wirtschaftspolitik der Reichsleitung der NSDAP, in München, einen Vortrag gehalten über das einleuchtende Thema: „Was ist deutscher Sozialismus?“

„Es gilt“, begann er, „den Irrtum aufzuklären, der Nationalsozialismus würde, wie etwa der Marxismus, seine eigene Wirtschaftsform bringen. Niemals wird er die Grundgesetze der (kapitalistischen) Wirtschaft gewaltsam verändern... Es ist eine jüdische Auslegung, das Volk gläubig machen zu wollen, der Nationalsozialismus würde entgegen... (braun) Sozialismus bedeutet niemals Enteignung und Verstaatlichung.“

Wir können uns eine Erläuterung ersparen, denn das Wochenblatt des deutschen Herrenklubs (der sich jetzt schamhaft Deutscher Klub nennt) hat folgenden prächtigen Kommentar zu diesen Ausführungen gefunden: „Dieser deutsche Sozialismus ist also nicht politisch-konstruktiv-organisatorischer Natur, sondern im Grunde ist er ein sittliches Prinzip, eine ethische Forderung. Seine praktische Verwirklichung verlangt Opfer und Selbstaufopferung, den Verzicht auf den egoistischen Erwerbsegoismus wie auf das Reichsgeld, kurz gesagt, eine neue Gesinnung.“

Noch kürzer gesagt: Fauler Schmus!

400 000 Sterilisationen

(Zupref.) Das Nazigesetz über die Sterilisation Minderwertiger soll am 1. Januar 1934 in Kraft treten. Man rechnet damit, daß etwa 400 000 Deutsche in den nächsten 2 Jahre sterilisiert werden. In erster Linie sollen die rund 100 000 Epileptiker, die Deutschland zählt, von der Reproduktion erfaßt werden. Viel wichtiger ist, daß bei den weiteren 300 000 Reichsden den Nazis die Bestimmung überlassen bleibt, wer „minderwertig“ ist.

Die Durchführung des neuen Gesetzes wird einen Kostenaufwand von etwa 10 Millionen Reichsmark erfordern.

Leirate oder hungere!

Der Oberbürgermeister der Stadt Frankfurt a. M. hat den 1000 unverheirateten städtischen Beamten und Arbeitern angekündigt, daß sie entlassen werden, wenn sie nicht unverzüglich heiraten.

Wochenlohn — Existenzminimum

Wieder ein schöner Traum dahin

(N.F.) In den bewegten Märztagen haben die NSDAP-Führer vor allem die mitteldeutsche Arbeiterschaft zu beruhigen versucht: das „dritte Reich“ Sorge dafür, daß auch die Kurzarbeiter ihr Existenzminimum erhielten. Ein Mindest-Wochenlohn würde dem Arbeiter garantiert werden, gleichgültig wie lange er in der Woche beschäftigt sei. Manche Industrielle rechneten damals mit einem baldigen Konjunkturaufstieg und erhofften zunächst von der Einführung eines Wochenlohnes die Festigung vieler unbefristeter Arbeiterbinden. Als sich jedoch die Lage vieler Industriezweige weiter zuspitzte und immer häufiger Feierschichten eingelegt wurden, hätte der Wochenlohn praktisch eine Erhöhung des durchschnittlichen Stundenlohnes bedeutet. Die Unternehmer wandten sich deshalb energisch gegen eine Forderung des Lohnsystems. Die Arbeiter aber haben bei der fast zur Regel gewordenen Kurzarbeit im Wochenlohnsystem einen Schutz vor der Herabdrückung ihres Einkommens unter die Unterhaltungsstufe der Wohlfahrtsdienstleistungen und forderten die Einführung des nationalsozialistischen Versprechens.

In den „Gewerkschafts“-Versammlungen aber wurde dieses Versprechen von den Rednern immer wieder erneuert. Als charakteristisch für die sozialradikalen Phrasen der Redner

der deutschen Arbeitsfront führen wir aus einer sozialradikal klingenden Rede des Vg. Klein, Leiter der Fachschaft Reichsbahn im „Deutschen Arbeiterverband der öffentlichen Betriebe“ vor Eisenbahnern in Gleiwitz an: „Der fünfjährige Arbeitsvertrag steht nur noch Wochenlöhne vor, keine Stundenlöhne mehr. Der Wochenlohn wird das Existenzminimum eines ungelerten Arbeiters, der verheiratet ist und drei Kinder hat, als Grundlage haben. Alle Wochenlöhne werden darauf aufzubauen werden, für jedes weitere Kind ist eine fünfprozentige Steigerung „vorgesehen“. Der Bericht der Vorkommnisse verzeichnet „brausenden Beifall“ der schlecht entlohnenden deutschen Eisenbahnarbeiter.“

Die Unternehmer arbeiteten inzwischen selbstbewußt weiter. Während die Redner noch von einer Verflammerung zur andern jagen, mühte die Deutsche Arbeitsfront mitteilen, daß von ihr die Einführung des Wochenlohnes nicht geplant sei. Am 17. Oktober 1933 erschien ein Erlass der Reichsminister des Hitlerkabinetts, der die allgemeine Einführung des Wochenlohnes verbot. Wieder haben die Nationalsozialisten ein der Arbeiterschaft gegebenes Versprechen gebrochen — zugunsten der Unternehmer.

Rückgang der deutschen Schifffahrt

Klagelieder der größten Gesellschaften

Die Verwaltung des Norddeutschen Lloyd spricht sich über das laufende Geschäftsjahr eigentlich ziemlich pessimistisch aus. Es heißt, daß die Aussichten für das laufende Geschäftsjahr recht undurchsichtig seien. Im ersten Halbjahr 1933 habe die Entwertung des Dollars sowie der Rückgang im nordatlantischen Personenverkehr einen wesentlichen Einfluß auf die Umsatzeinlöse gebracht, der nicht annähernd durch weitere Einschränkungen aller irgendwie entscheidend erscheinenden Ausgaben ausgeglichen werden konnte, da die Ersparnismaßnahmen bei den Betriebskosten bereits im letzten Jahr im wesentlichen ausgeschöpft seien. Der Verkehrsumsatz sei gegenüber dem Vorjahr im Frachtgeschäft wie im Personenverkehr erheblich zurückgegangen.

Die Dapag teilt mit, daß sich über die zukünftige Entwicklung der Gesellschaft angesichts der noch anhaltenden Weltwirtschaftskrise und der dadurch bedingten internationalen Lage der Seeschifffahrt zur Zeit Voraussagen nicht machen ließen. Im Jahre 1933 habe das 1. Viertel einen etwas günstigeren Verlauf genommen als im Vorjahr, während im 2. Viertel infolge der Dollarentwertung und verschärfter Handelsbeschränkungen in aller Welt ein Rückschlag eingetreten habe, der leider alle Besserungsaussichten vernichtet habe. Da ein Ende dieser Tendenzen bisher nicht zu sehen sei, müsse auch für das laufende Geschäftsjahr mit einem Betriebsverlust gerechnet werden.

Kulturvolk im „Pandurenkeller“

Das Hitlervorspiel von Zabern

„Pandurenkeller“? Vor zwanzig Jahren war das Wort in aller Munde, acht Monate vor Ausbruch des Weltkrieges. Es kam aus Zabern im damals noch deutschen Elsaß, wo der junkerlich-militaristische Preußengeist durch ständige Provokationen der Bevölkerung eine blöde Germanisierungspolitik betrieb. In dem kleinen Vogesenstädtchen hatte ein blutjunger schneidiger Leutnant drei eifrig friedliche Bürger, weil sie über Uebernahme eines anderen Leutnants gewacht haben sollten, durch Soldaten mit aufgeflepptem Bajonett auf der Straße wie eine Hammelherde zusammentreiben und der Strafe in der „Pandurenkeller“, den Kohlenkeller der Kaserne, Panduren lassen. Der „Pandurenkeller von Zabern“ wurde damals in der ganzen Kulturwelt zum geflügelten Wort, zum Inbegriff und Symbol der preußisch-deutschen Militarwillkür über Bürger- und Menschenrechte.

Der Geist des „Pandurenkellers von Zabern“, der Geist junkerlich-militärischer Zwangs-Germanisierung triumphiert heute wieder in Deutschland. Was am 28. November 1913 nur dreißig Bürger von Zabern für eine Nacht passierte, ist seit fast zehn Monaten das Schicksal des deutschen Volkes. Ein großes Kulturvolk von 65 Millionen Menschen ist eingesperrt in den „Pandurenkeller“ des „dritten Reiches“, wird zwangsweise „völkisch gereinigt“ und „germanisiert“, ist schutzlos ausgeliefert der Willkür und Barbarei der „Panduren“-Banden Hitlers, die ihr historisches Vorbild, das berühmte Pandurenkorps des ungarischen Oberst Trench, an Grausamkeit, Raub- und Wordlust längst erreicht haben.

Das Staunen und Verwundern über diesen Rückschlag in die Barbarei hört auf, ja, es fällt einem wie Schuppen von den Augen, wenn sich die alle Rätsel lösende Erkenntnis opdrängt, daß Hitlers Landsknechtschilde von 1913 sind, daß die Germanisierungs-Orge von Zabern schon das Vorspiel der Hitler-Barbarei war, deren charakteristische Merkmale bereits damals in die Augen sprangen. Nationalsozialistische Schimpf- und Drohreden, Mordaufforderungen, Zwang zur Selbstentwürdigung, rohe und brutale Mißhandlungen und Willkürakte, Amtsentziehung, Verleugung durch die Soldateska, Beiseitschiebung der Zivilgewalt durch die Junker und schließlich Anarchie und schließlich Bedrückung aller Ungehorsamkeiten durch die Justiz, die hohen und höchsten militärischen und zivilen Machthaber durch Kanzler und Kaiser, völlige Kapitulation des Staates vor der Säbelherrschaft unter dem Jubel der Junker- und Schlotbarone, kurzum alle Wesensmerkmale des Hitler-Kurses traten bereits bei der Zaberner-Affäre scharf hervor. Lassen wir die Dinge im Telegrammstil einmal Revue passieren:

Der 20jährige Leutnant Freiherr v. Forstner beschimpft in der Instruktionstunde die Elsässer unter den Rekruten als „Wackes“ (Kowboys), feht 10 Mark Prämie für das Niederstechen eines „Wackes“ aus, zwingt elsässische Rekruten zu der Meldung „Ich bin ein Wackes“, fordert zur Beschmutzung der französischen Fahne auf, wird deshalb in Anspielung auf eine ihm im Manöver passierte Selbstbeschmutzung auf der Straße von Schulfungen und Halbwüchigen gehänselt, fühlt sich bedroht, nimmt beim Schokoladeneinkauf zu seinem Schutze vier Soldaten mit aufgeflepptem Bajonett mit, verurteilt dadurch einen Aufruhr und wird von den Neugierigen verhöhnt und verlacht. Der Regimentskommandeur, Oberst v. Reutter, läßt darauf fünfzig Soldaten mit aufgeflepptem Bajonett und scharfen Patronen vor der Kaserne ausschüttern und unter Trommelwirbel zum Auseinandergehen

der Neugierigen auffordern, löst dadurch aber nur noch mehr Neugierige an. Nun läßt der ebenfalls blutjunge Leutnant Schadt alle Leute, die lachen oder auch nur lächeln, von den Soldaten mit Kohlenstöcken und Fußtritteln zusammentreiben und wahllos jeden verhaften, der ihnen in den Weg kommt, darunter auch einen Staatsanwalt und einen Landgerichtsrat, sperrt die Verhafteten in den Kohlenkeller der Kaserne, den „Pandurenkeller“, die Nacht über ein und läßt sie am andern Morgen einzeln von vier Soldaten aufs Amtsgericht bringen. Einige Tage später läßt Leutnant v. Forstner im benachbarten Dettweiler einen Zug Soldaten mit aufgeflepptem Bajonett gegen eine Schar höhrender Jungen und Halbwüchiger ausschüttern, wobei aber nur ein uneteiligter junger Schuhmacher mit einem lahmen Fuß erwischt wird, den der Leutnant mit dem Säbel so über den Kopf schlägt, daß eine klopfende Wunde entsteht.

Diese Vorgänge rufen im Elsaß und in ganz Deutschland eine gewaltige Aufregung hervor. Die elsässischen Zivilbehörden sind entsetzt über die Zügellosigkeit der Soldateska. Anders die Militärbehörden im Reich, die der Zivilkanaille Respekt beibringen und die „Schlappe“ Zivilregierung im Elsaß bloßstellen wollen. Oberst v. Reutter lobt seine schneidigen Leutnants und die von diesem mißbrauchten Soldaten, der Kommandeur des 15. Armeekorps in Straßburg, General v. Deimling, stellt sich hinter Oberst v. Reutter, Kriegsminister v. Falkenhayn sagt im Reichstage bei der Zaberner-Interpellation am 3. und 4. Dezember, „Heer“ hätten die Sache aufgebauscht, ein Offizier, der beschimpft werde, müsse unter Umständen dem Beleidiger den Degen in den Leib rennen, der Reichskanzler v. Bethmann Hollweg, durch die Militärkamarilla und die Junker eingeschüchtert, stammelt eine lahme Verlegenheitsrede. Es kommt zu dramatischen Szenen, als neben den Sozialdemokraten Peirats und Weill und den Elsässern Röser und Hauf, besonders der Zentrumsführer Fehrenbach der Empörung des Reichstages leidenschaftlichen Ausdruck leiht, und schließlich erteilt der Reichstag dem Reichskanzler mit 293 gegen 54 Stimmen ein Mißtrauensvotum, das erste in der deutschen Parlamentsgeschichte. Aber der Kaiser beläßt den Kanzler dem Reichstage zum Trotz im Amte und der Kriegsminister v. Falkenhayn prägt einige Monate später im Reichstage, am 6. Mai 1914, also kurz vor Kriegsausbruch, das für die Geistesverfassung der Zaberner-Helden kennzeichnende Wort: „Wenn die Kulturfortschritte es dahin brächten, daß wir nicht mehr mit dem Vertrauen auf unser Heer in den Krieg ziehen könnten, dann kann mir die ganze Kultur gestohlen bleiben!“

Der Kronprinz hatte bei Bekanntwerden der Zaberner-Vorgänge sofort ein „Bravo“-Telegramm an Oberst v. Reutter geschickt und ein zweites Telegramm „Immer feste drauß!“ hinterhergeschickt. Die Reute der Junker und Militaristen tobt, als Leutnant v. Forstner zunächst vom Straßburger Kriegsgericht wegen Körperverletzung zu 48 Tagen Gefängnis verurteilt wird. Der junkerliche Berliner Polizeipräsident v. Jagow „beweist“ in der „Kreuz-Zeitung“, dem Berliner Junkerblatt, „juristisch“ die „Unschuld“ der Zaberner-Offiziere und der ganze Druck der Junker- und Militärkamarilla wird angeboten, ihre Freisprechung zu erzielen. Oberst v. Reutter, der es als ein „Glück“ bezeichnet hatte, wenn „Blut fließen“ werde und mit Schlingen gedroht hatte, wird dann auch gemeinsam mit Leutnant Schadt von der Anklage der Amtsentziehung, Freiheitsberaubung und des Mißbrauchs der Dienstgewalt

mit Pauken und Trompeten durch das Straßburger Kriegsgericht freigesprochen und dessen Vorgesetzter, Generalmajor v. Pelet-Marbonne, scheidet sofort an v. Jagow und an den alten Junkerhauptling v. Oldenburg-Januschau, der den Reichstag durch einen „Leutnant mit zehn Mann“ hatte auseinandertreiben lassen wollen, ein Telegramm „Freispruch. Beste Grüße.“ Am selben Tage wird auch Leutnant v. Forstner in der Berufungsverhandlung freigesprochen, nachdem der Vorsitzende des Berufungsgerichtes, Kriegsgerichtsrat Medicus, schon vorher erklärt hatte „Erst sprechen wir den Oberst Reutter frei und dann auch den Forstner“.

So schamlos sprang die Militärjustiz mit Recht und Gesetz um und proklamierte den Militarabsolutismus über die Zivilgewalt. Nur die drei Rekruten, die v. Forstners Beleidigungen erzählt hatten, wurden mit insgesamt 14 Wochen Mittelarrest bestraft. Der Zivilstatthalter von Elsaß-Lothringen, Graf Wedel und seine Staatssekretäre mußten demissionieren. Der Sieg der Junker- und Militär-Kamarilla war ein vollständiger. Damals, am 11. Januar 1914, schrieb der „Messagger“ in Rom:

„Gleichwie die Flutwelle der Ostsee neulich Dämme zerrissen und ganze Dörfer unter Wasser gesetzt hat, so steht heute die preussische Reaktion im Vergleiche das deutsche Reich mit noch weit größerer Heftigkeit zu überschwemmen als die Ostsee und die armen Einwohner können sich vor dieser Gefahr nicht einmal retten.“

Bald nach ihrer Zaberner-Orge hat die preussische Reaktion tatsächlich das deutsche Reich „überschwemmt“, das Volk in das Blutbad des Weltkrieges hineingetrieben und es vier grauenvolle Jahre darin dezimiert und gemüht. Diese preussische Reaktion blieb ihm im Rachen sitzen im Zusammenbruch, selbst noch in der Revolution.

In der Hitler-Diktatur hat sie sich wieder emporgerichtet, brutaler denn je steht sie da. In ihr triumphiert der preussische Militarismus über Kultur und Menschlichkeit, die dem deutschen Volke nach Falkenhayns Wunsch gestohlen und ausgetrieben werden. Oldenburg-Januschau und der Exkronprinz sind wieder Helden des Tages und ihre Parolen der Leutnants-Allmacht und des „Immer feste drauß!“ regieren die Stunde. Wenn der 1913 in Zabern verhaftete Staatsanwalt Krause vor Gericht erklärte: „Die Soldaten verhafteten blindlings darauf los wie die Kosaken in den Straßen von Petersburg“, so ist heute das blinde Wüten einer zügellosen Soldateska in den Straßen der deutschen Städte durch Hitlers „Kosaken“- und „Panduren“-Horden zum Normalzustand im „dritten Reich“ geworden. Die Rechtsbeugungen der Pelet-Marbonne und Medicus sind Harmlosigkeiten gegenüber der schamlosen Prostitution des Rechts durch die Werner und Binger im Reichstagsbrandprozeß und die Blutrichter der Sondergerichte. Das ganze Volk wird militarisiert, wird nationalstisch fanatisiert und verblödet. Zu diesem Zweck wurde es bei der Reichstagswahl“ und der „Volksabstimmung“ am 12. November wie eine Hammelherde in Hitlers „Pandurenkeller“ hineingetrieben. Eine Orgie der Vergewaltigung und des Terrors rast über das arme Deutschland dahin und die Einwohner können sich vor dieser Gefahr nicht einmal retten“. Wie 1913! Auf 1913 folgte 1914 bis 1918! Was folgt auf 1933???

Frick gegen SA.

Reichsinnenminister Frick bestätigt die Greuel der braunen Banden

Der „Neue Vorwärts“, der in Karlsbad erscheint, veröffentlicht einen Erlaß des Reichsministers des Innern Dr. Frick, den er am 6. Oktober 1933 an die Reichsstatthalter und Landesregierungen gerichtet hat. In diesem Erlaß nimmt Frick scharf gegen die Uebergriffe der SA Stellung. Er wendet sich gegen die Annahme polizeilicher Befugnisse durch die SA. Er fordert die nachdrückliche Verfolgung strafbarer Handlungen von Mitgliedern der SA, und er kündigt schließlich an, daß Beamte, die die Grundlage dieses Erlasses nicht beachten, rücksichtslos zur Verantwortung gezogen werden.

Der Erlaß ist eine amtliche Bestätigung aller „Greuelmeldungen“ über den Terror der SA. Wir lassen ihn hier im Wortlaut folgen:

Der Reichsminister des Innern
i. A. 2000/29. 9.

Berlin, 6. Oktober 1933.

Trotz der wiederholten Kundgebungen des Herrn Reichskanzlers und trotz meiner zahlreichen Rundschreiben sind in den letzten Wochen immer wieder neue Uebergriffe unterer Führer und Mitglieder der SA gemeldet worden. Insbesondere haben SA-Führer und SA-Männer selbständig polizeiliche Handlungen vorgenommen, an denen ihnen entweder überhaupt die Befugnis fehlte, oder sie in einer Weise ausgeführt haben, die mit den bestehenden Gesetzen und den Anordnungen der nationalsozialistischen Regierung nicht vereinbar sind. Auf diese Weise ist kürzlich sogar die Exterritorialität des Reichsleiters einer auswärtigen Macht von eigenmächtig handelnden SA-Männern schwer verletzt und dadurch die Außenpolitik der Regierung in Mitleidenschaft gezogen worden.

Diese Uebergriffe und Ausbrechungen müssen endgültig aufhören. Ich mache es den Herren Reichsstatthaltern, den Landesregierungen und allen nachgeordneten Behörden zur Pflicht, daß gegen solche Uebergriffe und gegen jeden Versuch eines unbefugten Eingriffes mit aller Schärfe einge-

schritten wird. Soweit Mitglieder der SA von den zuständigen Behörden nicht ausdrücklich als Hilfspolizeibeamte oder als Hilfsbedienstete im Grenzdienst eingestellt sind, stehen ihnen irgendwelche polizeiliche Befugnisse überhaupt nicht zur Verfügung. Jedes polizeiliche Vorgehen der SA hat daher in Zukunft unter allen Umständen zu unterbleiben.

Wo es ausnahmsweise notwendig wird, bei einzelnen Aktionen Mitglieder der SA zur Unterstützung der Polizei heranzuziehen, dürfen sie nie selbständig, sondern nur in Anwesenheit und nur unter Aufsicht der Polizei und lediglich nach den Weisungen des polizeilichen Führers tätig werden.

Nur die Anwendung und die Handlungen solcher zur Unterstützung zugezogenen SA-Leute trägt der Führer des Polizeikommandos die Verantwortung. Auch Hilfspolizeibeamte und Hilfspolizeibeamte dürfen ihren Dienst grundsätzlich nur zusammen mit einem Beamten versehen. Nur bei gezwungener Beachtung dieser Anordnungen kann wirksam verhindert werden, daß getarnte Provokatoren zum Schaden der SA und des nationalsozialistischen Staates in Tätigkeit treten.

Auch sonst darf der Dienst der nationalsozialistischen Staatsverwaltung und der politischen Exekutive durch unzulässige Eingriffe der SA in keiner Weise mehr gehindert werden. Derartige Eingriffe dürfen sich die Behörden nicht bengen. Strafbare Handlungen von Mitgliedern der SA sind nachdrücklich zu verfolgen.

Die Beamten dürfen nicht das Gefühl haben, daß ihnen daraus irgendwelche Nachteile entstehen könnten. Es erscheint mir notwendig, hierauf die Polizei- und Gerichtsbehörden besonders hinzuweisen. Es darf nicht wieder vorkommen, daß in Fällen, in denen Mitglieder der SA unzulässig strafbare Handlungen begangen haben, die Täter angeblich nicht ermittelt werden können, oder auch, wenn es sich um gewöhnliche Straftaten handelt, die mit dem Kampf um die nationale Erhebung nichts zu tun haben, außer Verfolgung gesucht werden.

Ein solches Vorgehen liegt ebenso im Interesse der SA selbst, wie es zur Aufrechterhaltung der Autorität des nationalsozialistischen Staates geboten ist, die unter allen Umständen und gegenüber allen Angriffen von sämtlichen Behörden und Beamten gewährleistet werden muß.

Im besonderen Auftrag des Herrn Reichskanzlers erlaube ich die Herren Reichsstatthalter, um die Beobachtung dieser Grundzüge der nationalsozialistischen Staatspolitik unbedingt Sorge zu tragen und darauf zu achten, daß alle Behörden der Länder genau nach ihnen verfahren und daß Beamte, die ihnen nicht voll Rechnung tragen, ebenso wie die schuldigen Mitglieder der SA, rücksichtslos zur Verantwortung gezogen werden.

Der Herr Reichskanzler wird in seiner Eigenschaft als oberster SA-Führer einen entsprechenden Erlaß an die SA richten, der jeder SA-Dienststelle und jedem einzelnen SA-Mann bekanntgegeben wird.

(1933) Frick.

Zuchthaus für eine Frau

(Inprek.) Die frühere kommunistische Reichstagsabgeordnete Franziska Kessel aus Frankfurt a. M. wurde wegen Verbreitung verbotener Druckschriften und Anberaumung sowie Durchführung kommunistischer Funktionärversammlungen vom Strafsenat des Oberlandesgerichts Darmstadt zu drei Jahren Zuchthaus und Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte auf fünf Jahre verurteilt.

„Märchen“

(Inprek.) Das Berliner Sondergericht verurteilte den 32 Jahre alten Kaufmann Wilhelm Stein wegen Verbreitung von „allerlei Märchen über Ereignisse anlässlich des Jubelbots“ zu einhalb Jahren Gefängnis.

Erneut verboten

Die Württembergische Politische Polizei hat die in Göttingen erscheinende Tageszeitung „Neuer Kibbete“ kurz nach ihrem Wiedererscheinen nach 14tägigem Verbot abermals, und zwar bis auf weiteres, verboten.

Hochschule, marsch, marsch!

Das Führerprinzip ist durchgeführt - Abstimmungen finden nicht mehr statt

Der preußische Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung hat eine Reihe von Veränderungen der Hochschulverfassung durchgeführt. Der Rektor wird auf Vorschlag des Senats vom Minister ernannt, die Dekane ihrerseits wieder durch den Rektor. Abstimmungen in Senats- und Fakultätssitzungen finden nicht mehr statt. Der Rektor ist verantwortlich für den gesamten Lehrbetrieb der Universität. Zum Senat gehören außer den Dekanen Vertreter der Fakultäten, der Dozentenschaft und des SA-Hochschulamtes, sowie in den im Studentenrecht vorgesehenen Fällen Vertreter der Studentenschaft. Für die Fakultäten gilt Entsprechendes.

Wenn auch, wie dazu mitgeteilt wird, die eigentliche Hochschulreform nicht durch derartige Verwaltungsmaßregeln herbeigeführt werden kann, so gibt diese Verfassungsänderung dem Rektor und den Dekanen doch die Möglichkeit zu einer Führung der Universität im Sinne des nationalsozialistischen Staates.

Hier ist also für Zweideutigkeiten kein Platz mehr. Der Rektor ist Exponent des nationalsozialistischen Staates. Er „führt“ den Senat, Abstimmungen gibt es nicht. Die Professoren werden ernannt. Was für welche, ist nicht zweifelhaft.

Zu Ende ist es mit der Gelehrtenrepublik, mit dem Vorschlags- und Mitbestimmungsrecht der Fakultäten. Sie lassen sich heute überraschen: Durch die Entscheidung des Ministers und ihres Führers, des Herrn Rektors. Keiner wagt einen Widerspruch. Der Hochschulverband beteuert, mit diesem nationalsozialistischen Staate innig und eins zu sein.

Wann kommt der Satiriker, der eine Senatssitzung im neuen Führerprinzip veranschaulicht? Müssen die Herren Professoren bei ihrem Rektor zum Empfang der Parole antreten? Müssen sie die Studenten in Braun, die einen höheren SA-Rang bekleiden, mit „Heil Hitler“ begrüßen? Da tun sich Fragen des Zeremoniells auf, die freilich bei der geistigen Haltung der deutschen Wissenschaft leichter zu lösen sind, als es scheint. Die Herren Kollegen trösten sich an der Re-

torte, am Krankenbett, vor Paragrafen und Folianten über den Raub an ihrer Freiheit — nein, sie trösten sich nicht nur, sondern sie bieten in ihrem Fachbereich sofort jedem Neugierigen die dazu gehörige neue Ideologie, die den Verlust an Gesinnung und Intellekt mystisch bestätigt.

„Doct wo das Streng mit dem Zacten“ ...

Wer sich in der SA. anstrengt, bekommt Examensvergünstigung.

Der preußische Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung. Rust, betont in einem Erlaß, daß infolge der Ereignisse des ersten Jahres der nationalen Erhebung die Schüler und Schülerinnen der Oberprima vielfach geistig und körperlich außergewöhnlich in Anspruch genommen worden seien, und daß der eine oder andere Schüler, der in normaler Zeit das Ziel vielleicht erreicht hätte, auch bei weitherziger Auslegung der Bestimmungen zur Reifeprüfung nicht werde zugelassen werden können. In diesen Fällen will der Minister jedoch genehmigen, daß die zum Ostertermin 1934 nicht zugelassenen Schüler und Schülerinnen an einem späteren Termin 1934 die Prüfung ablegen können. Der Zeitpunkt wird sich nach den Bestimmungen über die künftige Gestaltung des Schuljahres richten und von dem Minister rechtzeitig festgelegt werden.

Der tiefe Sinn ist also der: wer SA- und SS-Dienst hatte, wer marschierte, im Gelände übte, Marxisten prügelte und bewachte, braucht sich um seinen sozialen Aufstieg auf der Examenstufenleiter nicht besorgen. Onkel Rust beschützt die im Dienst der nationalen Erhebung Angestrebten vor Examennot. Wissen ist schließlich Nebensache. Vaterland braucht heroische Krieger, die von Soldaten zu Soldaten erzogen wurden. Da reifen sie fürs Leben. Auch ohne Examenreife, die ein Ueberbleibsel jüdisch-liberalistischer Lebensauffassung ist.

Die Beschützer

Oesterreichische Schriftsteller betreten den goldenen Harfner

Aus Wien wird berichtet: Gegen die in letzter Zeit sich mehrenden Herabwürdigungen namhafter Persönlichkeiten des deutschen Geisteslebens in einem gewissen Teil der hiesigen Presse, besonders gegen unerhörte Verunglimpfungen Gerhart Hauptmanns in der „Wiener Allgemeinen Zeitung“, wendet sich ein Aufruf deutscher Dichter und Schriftsteller Oesterreichs, in dem es heißt: „Dieser Tage ist Gerhart Hauptmann in einer Wiener Zeitung Gegenstand gehässiger Angriffe gewesen, in welcher Alfred Kerr unter der Ueberschrift „Gerhart Hauptmanns Schande“ das Bekenntnis dieses Mannes zu Deutschland in den Kot zerrt, ihn der Feigheit und Lüge zeibt und ihm „schmierige Schwäche“ und „Wurmstichigkeit in tiefster Seele“ vorwirft und ihn zuletzt als „ehrlös, ehrlös, ehrlös“ bezeichnet. Die Besudelung und Beschimpfung großer, weltgültiger deutscher Künstlernamen läufen sich jetzt, und keiner, dem Kunst und Künsteleienschaft als höchster Ausdruck deutschen Volkstums erscheint, vermag dies länger zu ertragen. Wir unterzeichneten deutschen Dichter und Schriftsteller Oesterreichs schließen uns hiermit zu nachdrücklichster Abwehr derartiger schmutziger Herabsetzungen und Verdächtigungen deutschen Bekenntnisses und deutschen Wesens zusammen. Bruno Brehm, Robert Hohlbaum, Mirko Jelusich, Max Mell, Hermann Heinz Ortner, Friedrich Schreyvogel, Guido Zernatto, Franz Karl Ginzkey, Friedrich Perkonig, Dr. Franz Spunda, K. H. Wagger.

Der Leser weiß, worum es sich handelt. Gegenstand dieser Entrüstung aus Oesterreich ist jener Aufsatz Alfred Kerrs wider Gerhart Hauptmann, der in der „Deutschen Freiheit“ veröffentlicht wurde und auch in Wiener Blättern erschien.

Diese Oesterreicher, Mystiker und Apostelspieler mit besten Dollfuß-Beziehungen, haben es nötig. Sie haben nicht ein Wort verloren, als man ihre Kollegen in Deutschland vertrieb, peitschte, in die Konzentrationslager schleppte. Sie blieben stumm, als die Besten des deutschen Schrifttums, vor denen die Herren aus Wien einstmal katzbuckelten, ins Ausland gejagt, ihrer Existenz beraubt, ihrer deutschen Staatszugehörigkeit für verlustig erklärt wurden. Das duldeten sie, ohne daß ihr Herz und ihr Gewissen zu schlagen begann. Jetzt aber wird Gerhart Hauptmann angegriffen. Wohl gemerkt: mit dem Wort. Kein realistischer Knüttel ist über seinen Rücken gesaut. Geschrieben hat es Alfred Kerr, d. h. Hauptmann alles verdankt; viel mehr, als irgend einer weiß. Er schrieb scharf und schonte nicht den Mann, der sich selbst und sein Werk verriet, um des Mammons willen. Kerr schriebr aus — enttäuschter Liebe. Das haben die Schreyvogels und Hohlbaums nicht begriffen.

Es dünkt uns, daß ihre Schmähung wider Alfred Kerr nicht diesen, sondern Gerhart Hauptmann trifft. Denn der hat diese Verteidiger verdient.

Die internationale Nationale

Die Herrenreiter des deutschen Geistes in Aktion

Der Vorstand und Ausschuß der deutschen Gruppe des PEN-Clubs billigt in der Vorstandssitzung die Haltung des deutschen Vertreters in der Londoner Exekutiv-Komiteesitzung einstimmig und beschloß, sofort eine Generalversammlung der deutschen Gruppe einzuberufen. Die Generalversammlung soll die Umgründung der deutschen Gruppe des PEN-Clubs zu einem zwischenstaatlichen Weltverband nationaler Schriftsteller vornehmen und die nationalen Schriftsteller aller Länder einladen, sich für eine wirkliche Verständigung zwischen den Völkern und für gemeinsame geistige Zusammenarbeit in dem Weltverband zu sammeln. Eine Kommission, der Hermann Eris Busse, Hans Martin Elster, Carl Hünsel, Edgar von Schmidt-Pauli angehören, wurde zur Vorbereitung des Weltverbandes und der Generalversammlung eingesetzt.

Ein paar in der „Welt“ bekannte Nichtakköner wollen zur Rechtfertigung deutschen Geistes einen internationalen

Stammtisch gründen. Man soll sie bei diesem Vergnügen nicht stören. Der PEN-Club wird finden, daß die Deutschen selbst in der Charakterlosigkeit, mit der sie Freiheit und Gewissen auf den Hakenkreuzaltären zu opfern bereit sind, ein großes Volk sind.

Nationale Dramaturgie

Hermann Lepel schreibt in der „Basler National-Zeitung“

„Während der Staat von Weimar sich damit begnügte, die von ihm subventionierten Bühnen dem breiten Volk zugänglich zu machen und im übrigen die Gestaltung des Spielplans der künstlerischen Einsicht der Intendanten überließ, bemächtigt sich das „dritte Reich“ des deutschen Theaters als eines politischen Instruments. Der Theaterdirektor wird zum politischen Beamten, der im Kampf um die Durchsetzung des nationalsozialistischen Programms in vorderster Front steht, gemäß den Worten des Ministerpräsidenten Göring: „Jeder Theaterintendant hat die große Rede des Führers auf dem Nürnberg Parteitag als sein Vokabular zu betrachten, nach dem er sich stets zu richten hat.“ Damit wird auch der Spielplan der Bühnen zur politischen Angelegenheit; als oberster Vorgesetzter in Spielplan-Fragen fungiert in Berlin der Reichsdramaturg Dr. Rainer Schlösser, dessen Aufgabe es ist, „die Anwendung der nationalsozialistischen Grundsätze in der Theaterwelt durchzuführen“. Er erteilt auch den „Unbedenklichkeitsvermerk“ für alle strittigen Bühnenwerke; dieser Unbedenklichkeitsvermerk bezieht sich ebenso auf die Tendenz des Stückes, wie auf den Stammbaum des Autors, wie auch auf die Uebereinstimmung zwischen Reichspolitik und Spielplangestaltung. So ist in diesen Tagen Paul Josef Crewers Tragödie „Frankreich am Rhein“, die bereits von sieben Bühnen zur Uraufführung angenommen war, durch spezielle Verfügungen abgesetzt worden — aus anderen, persönlichen Gründen wurden während der Generalprobe Arnolds Schwank „Da stimmt was nicht“ und Willy Speyers neues Stück abgesetzt. (Speyer ist Jude. Das erklärt alles. Red. d. „Deutschen Freiheit“.) Die Besetzung aller maßgebenden Theaterposten durch politische Persönlichkeiten nimmt auch jetzt noch ihren Fortgang; eben wurde der Münchener Schauspielregisseur Weichert mit seinem Stabe „beurlaubt“ und durch einen Nationalsozialisten ersetzt.

Das Ziel der neuen Dramaturgie ist das „heroische Theater“, das Theater, das im Zuschauer einen bestimmten politischen Willen im Sinne der Regierung freimacht; wichtig ist, in welcher Stimmung der Zuschauer das Haus verläßt, heißt es in einer neuen, vom Reichsministerium begutachteten Schrift „Nationale Dramaturgie“ von Paul Beyer; die Freude am Theaterspiel an sich, die Gestaltung unpolitischer Themen, die Probleme der menschlichen Privatsphäre werden wie im heutigen Rußland als billige Flucht in die „Romantik“ entschieden abgelehnt. Das deutsche Theater ist von nun an Sache des Staates; einige Theater, so in Osnabrück, so in Görlitz, erhalten den offiziellen politischen Titel eines „Grenzlandtheaters“. — in Frankfurt bekommt das Publikum vor dem „Fidelio“ eine durch Lautsprecher übertragene politische Rede Görings zu hören, — in ganz Thüringen wird auf Weisung des Ministeriums aus Anlaß des Theaterabends in sämtlichen Klassen der Volks-, Mittel- und höheren Schulen eine Schulstunde ausschließlich dem Thema Theater gewidmet. Für den Bühnenautor des „dritten Reiches“ aber ist seine politische Einordnung wichtiger als sein allenfallsiges Talent: „Begabung ist eine Irrlehre ... Das Uebrige sind ein paar Handgriffe, die man nach den ersten drei vergeblichen Dramen bald heraus hat“ ... heißt es in der erwähnten Schrift Paul Beyers, der Ministerialrat Laubinger (Präsident der Reichstheaterkammer) in einem Vorwort den offiziellen Segen gibt.“

Im völkischen Feiereck

Nun muß ich mich, mein Vaterland,
doch vor Bewegung schneuzen:
Wir kriegen alle ein Festgewand
mit gestickten Hakenkreuzen.
Wir kriegen auch gleich die Feste dazu
mit Musik, Theater und Märschen,
und hören jedem Quatschkopf zu
auf festgeleiteten Aerschen.
Sofern du dies nur recht verstehst,
zählt man dich zu den Helden,
und wenn du auf den Abtritt gehst,
hast du dich abzumelden.
Gewiß steht einer neben dir
Mit Schere und Pistole
und mustert erst mal das Papier ...
(Es gibt ja auch frivole.)
Würdig ist diesem Studio
nur das Papier der Shirren.
Warum die Aufsicht? Sowie
wird darin niemand irren.

M. I. Grant

Teudt noedet die Bibel auf

„Fret von jüdischer Umklammerung“

In den letzten Wochen haben die Deutschen Christen begonnen, das Christentum mit dem Blutmythos gleichzuschalten. Das Alte Testament stößt auf immer heftigeren Widerspruch, da seine Autoren über keine arische Großmutter verfügen und auch das Neue Testament soll, obwohl die Rassenschwüffler Christus die arische Großmutter zubilligen, von allen jüdischen Bestandteilen gereinigt werden. Nun wird im „Börsenblatt für den deutschen Buchhandel“ ein Buch angekündigt, in dem der Versuch unternommen wurde, Teile der Bibel aufzurorden; daß Buch heißt: „Gottlieder für deutsche Menschen“ und wird mit folgenden Worten angepriesen:

„Aus den 150 Psalmen hat Wilhelm Teudt, der Verfasser der „Germanischen Heiligtümer“, 75 Gottlieder für deutsche Menschen geschaffen, frei von jüdischer Umklammerung, Belastung und Verbiegung. Der Verfasser ging hierbei von der Erkenntnis aus, daß auch im Alten Testament der Bibel eine Uroffenbarung zu finden ist, die uns als nordisch beeinflußt oder geprägt anmutet. Was unvereinbar ist mit dem religiös-sittlichen Empfinden der deutschen Seele, wurde abgestreift ... Der Wert dieser Veröffentlichung liegt darin, daß hier zum erstenmal der Versuch gemacht wird, ein Stück des Alten Testaments mit dem völkischen Geist des neuen Deutschland in Einklang zu bringen — ein Schritt, dessen Bedeutung gar nicht abzusehen ist.“

In der Tat: wenn man das Alte Testament mit dem völkischen Geist des „dritten Reiches“ in Einklang bringt, wird man bald entdecken, daß die ganze Weltliteratur nichts anderes ist als eine Umklammerung, Belastung und Verbiegung von Hitlers „Mein Kampf“.

Deutsches Blut im Leibe

Sie kommen schon „übers Jahr“

Man schickt uns das Original-Programm eines „Deutschen Abends“ in der Pfalz. Hier sang man, wie der gedruckte Text erweist, nach der Melodie: „Muß i denn“ dieses Lied:

Muß i denn, muß i denn zum Elsaß hinaus, Ländlein hinaus und du mein Herz bleibst hier? Wenn i komm, wenn i komm, wenn i wiederum komm, wiederum komm, geh i nie mehr fort von Dir! Am grünen Rhein, am Wasenstein warst du die schönste Heimat mein! Auf dem Fleck, schmal Gepäck, muß i weg in der Nacht, weg in der Nacht, mein Sinn hängt all an Dir!

All dein Trutz ist nix nutz an der Maas, an der Ill, Maas an der Ill, lieber Hans im Schnakenloch! All dein Haß ist ja, daß er nicht weiß was er will, weiß was er will, Alemannisch bleibst du doch! In deinem Leib das deutsche Blut zieht stärker als Gebirg und Flut. Wenn du einst wieder weinst nach den Schwestern im Reich, Schwestern im Reich — dann wird noch alles gut!

Übers Jahr, übers Jahr, über dreißig Jahr, hundert Jahr komm ich wieder übers Rhein! Bist du dann bis auf Thann das Ländlein noch, Ländlein noch, dann soll die Hochzeit sein! Dein Wesen treibt dich meinem zu du weiß und rotes Ländlein du; schwarze Nacht, weißer Schnee, rote Beeren im Laub, Beeren im Laub, — dann hat Europa Ruh!

Zeit-Notizen

Londoner Schriftenreihe

Von der in London gegründeten Gruppe „Freunde Europas“ sind sieben Broschüren in folgender Reihenfolge erschienen: J. L. Garwin: „Hitler und Waffen“. Ein deutscher Diplomat: „Hitler, — Deutschland und Europa“. Wickham Steed: „Die europäische Zukunft“. Professor Einstein: „Europas Gefahr; Europas Hoffnung“. Sir Austen Chamberlain: „Reden über Deutschland“; außer dem zwei Studien „Deutschlands Wiederaufrüstung“ und „Die militärische Vorbereitung der deutschen Industrie“.

Verboten

wurden nach Kriminalpolizeiblatt 1703 und 1704: „Das Flugblatt: Die junge Garde, Nummer 18“, „Freier Gedanke“ (Tetschen), „Rahkor-Rabotschny Korrespondent“ (Paris), De „Nieuwe Pers“ (Amsterdam), „Kattowitz Post“ (Kattowitz), „La Tribune des Jeunes“ (Warschau), „Die Sammlung“ (Amsterdam), das Verbot der „Neuen Züricher Zeitung“ und des „Karlsruher Tagblatts“ ist aufgehoben; nach Kriminalpolizeiblatt 1705 und 1706 wurden verboten: „Der neue Weg“ (Brünn), „Der Landgasthof“, Heft 44, Herausgeber Wilhelm F. Beese, Berlin-Wilhelmshagen (Gestapa, II E 1); „Luxemburger Volk“ (Luxemburg); „Die zweite Revolution“ (Prag), Hugo Bettauer „Die Stadt ohne Juden“, Verlag Löwit, Wien; Johannes Müller (gleichgeschaltet!); „Nationale Revolution“, Verlag der Grünen Blätter, Elmau; „Erlebnisse eines kriegsfreiwilligen Arztes“, Berlin, Koch und Schätzle; Edgar von Schmidt-Paule (gleichgeschaltet!) „Hitlers Kampf um die Macht“, Berlin, Stülke; Erwin Topf, „Die grüne Front“, Berlin, Rohwolt,

Pariser Berichte

Pariser Straßenkalender

In der Pariser Oper wurde bei einer Wohltätigkeits-Gala-Vorstellung unter dem Vorsitz des Präsidenten der Republik zum ersten Male ein Tonfilm gegeben: „L'Agonie des Aigles“ nach einem Roman von Georges d'Espèrès.

Im Grande Palais wurde der Salon de la Qualité Française eröffnet. Cécile Sorel, die die große Treppe vor der Eröffnung abschritt, glitt aus, raffte sich aber mit viel Würde auf.

In Paris fand ein Kongreß der Tabak-Verkäufer statt, an dem auch der Tabakmann aus Avignon teilnahm, der das große Los verkauft hatte. Diesem wurde zugerufen: „Das hätteste nur behalten sollen.“

Der Handel mit Rauschgiften (Opium, Heroin, Morphium, Kokain — das letztere von den Beteiligten „neige“ genannt) soll in Zukunft in Frankreich aufs schärfste durch einen Spezialdienst unterdrückt werden. Veranlassung dazu bietet u. a. die Aufstörung von mehr als zwei Tonnen Opium in Marseille.

Die Comédie Française feierte das 50jährige Bühnenjubiläum des Darstellers Albert Lambert.

Der Pariser Negerstar Josefina Baker wurde in Mailand auf 250 000 Lire Schadenersatz verklagt weil sie ein vierzig-tägiges Gastspiel im Jahre 1926 nicht eingehalten hatte.

Das Urteil von Korsika

Marseille, 24. November.
Nach einer Meldung aus Bastia haben die Geschworenen sich geweigert, das Gnadengesuch für den zum Tode verurteilten jugendlichen Banditen Torre, einen der beiden Neffen des erschossenen „Einäugigen“, zu unterzeichnen.

Zwei Freunde, **Arzt und Kaufmann**, mit 80 und 150 000 Fr. suchen sich an reellem Unternehmen oder an Neu-Gründung zu beteiligen. Bedingung: Auch der Partner verfügt über Geld.
Angebote an Publ. Metz. 51, rue Turbigo Nr. 108, Paris

Eifersuchtsgeschichte vom Ataman der Kosaken

Nekrassoff, jetzt in Boulogne bei Paris wohnend, war ursprünglich angeblich Kosaken-Ataman. Leider lebte er aber mit seiner Frau nicht glücklich. Eines Tages schloß er mit ihr einen mündlichen Vertrag ab. Sie durfte sich ver-suchsweise einen Freund suchen, mit ihm plaudern, Musik machen, Zerstreung suchen, „aber nichts weiter.“

Eines Tages kommt der Ataman a. D. nach Hause; er wohnt in der rue du Point-du Jour, und wen fand er im Ehebett? Madame Ataman und das Versuchskarnickel. Dies war ein anderer Mann vom Don, namens Douchhoff.

Nekrassoff stellte fest, daß der Wortlaut des Vertrages juristisch und faktisch überschritten sei. Er nahm das erste beste und haute es auf Douchoffs Haupt. Aber dies Haupt war (wir folgen hier der Darstellung des „Intran“, der scheinbar nachgemessen hat) sehr hart. Die Axt, dies war der Gegenstand, drang bloß oben ein, und Douchhoff ist heute wieder völlig hergestellt, imstande, den schönsten Donkosakenchor zu singen.

Der eifersüchtige Ataman wurde jetzt von der Pariser Strafkammer abgeurteilt.

Der Arzt auf Römerspuren

Im Sologne, der Gegend südlich des Loire-Knies, liegen wahrscheinlich noch allerhand Geheimnisse unter dem Boden.

Es gibt dort eine Kleinstadt Contres in der Gegend von Blois, einer in der Geschichte Frankreichs vielfach genannten Stadt. Dort in der Nähe liegt ein kleines Dorf namens Soings-en-Sologne, und dort wieder gibt es eine Feldflur mit lateinischem Namen, und auch einen See. Ein Doktor von Contres, der sich auf die lateinischen Mixturen von seinen Rezepten verstand, wurde dadurch hellhörig und fing an, (nebenbei: gänzlich ohne Wünschelrute) zu graben.

Das ging Monate sofort. Die Bauern stellten sich herum und schüttelten die Köpfe, wenn sie den braven Dr. Filloux bei der Arbeit sahen. Doch schau: was war das? Ein altes Tongefäß, gallisch-römisch, da — noch eins, da — ein Skelett von einem alten Kelten, da — noch eins. Unzweifelhaft, der Doktor war auf frühere Jahrtausende gestoßen.

Von da an wurden die Grabungen täglich, aber möglichst heimlich allerdings, wiederholt. Der Doktor legte einen ganzen Gallier- und Römerfriedhof bloß, ungefähr 500 Gräber, und über 1000 Funde, bemalte Vasen, Becher, Urnen, Glasflakons von seltener Zartheit und Schönheit, Statuetten der Venus, Flakons in Form von Tannenäpfeln, Ringe, Gemmen, Münzen mit den Siegeln des Konstantin, mit dem Antlitz des Nero, des Septimius Severus und anderer Kaiser.

Dieser Tage noch warf der Spaten noch eine wundervolle Parfümflasche und kleine gemalte Tongefäße auf. Der sandige Boden hat die Kunstgegenstände tadellos erhalten. Wahrscheinlich werden die Grabungen jetzt durch einen fachkundigen Archäologen fortgesetzt werden.

Französische Medizin

In die Pariser Akademie der Medizin wurde der Professor Ombredanne von der Kinderklinik als Chirurg an Stelle des verstorbenen Professors Quénu gewählt. In der Sitzung wurden verschiedene Mitteilungen über die Fernbehandlung des unoperierbaren Magenkrebses durch Radium gemacht. Bis 1932 lagen in 7 Jahren 31 Fälle vor. Das Radium wurde in vier Gramm gebraucht, aber die Erhöhung der Menge auf acht erwies sich als notwendig. Die Sitzungen

dauerten zwei Stunden und wurden nach der Veranlagung der Patienten wiederholt.

17 Fälle blieben ohne Heilwirkung, bei sehr schlechter Beschaffenheit des Allgemeinbefindens, 7 wurden einigermaßen, 7 erheblich gebessert. Die Schlußfolgerung war, daß die Radiumbehandlung in diesen Fällen nur ein Palliativmittel und die Operation nötig ist.

Einige hundert Kinder in Frankreich, Belgien und Tunis wurden mit zwei Injektionen Ramon gegen Diphtherie geimpft. Die Ergebnisse waren sehr gut. Die Immunisierung wird durch eine zweite Impfung, einige Monate darauf, die angebracht, wenn auch nicht unbedingt nötig ist, verstärkt.

Schillers „Taucher“ übertroffen

In der französischen Akademie der Wissenschaften hat der Direktor des Laboratoriums der Tiefseeforschung von Concarneau (in Finistère, Bretagne), der Gelehrte René Legendre, von einem genialen Mittel Kenntnis gegeben, um Tiefseefische zu fangen. Legendre geht nicht etwa nach Art des Schillerschen Tauchers in das Meeres „tiefuntersten Grund“ herab, sondern er fängt ganz einfach Thunfische und schneidet ihnen den Bauch auf. Im Magen findet er die seltensten Tiefseebewohner. Die Fischer der Bretagne arbeiten jetzt etwas nebenbei für die Wissenschaft. Der gelehrte Forscher hat durch die Ausweidung der Thunfisch-Büchse entdeckt, daß der berühmte Fürst von Monaco, der bekanntlich nicht nur ein großer Roulette-Fürst, sondern ein ebenso großer Meeresforscher war, sich einmal geirrt hat. Er rechnete einmal eine bestimmte Fischart den Tiefseebewohnern zu, aber es sind Wesen, die an der Oberfläche schwimmen.

Der Schlüsselroman und die Schlüssellöcher

Hier ist die amtliche Meinung über den Roman „Der Reiter vom Meer“, der die Gemüter und die Schlüssellöcher eines kleinen französischen Ortes so bewegt hat:

„Der Roman ist ein Schlüsselroman; es ist leicht, den Ort der Handlung — Pont Croix — zu erkennen, und auch die Personen sind leicht festzustellen. Unter den Personen gibt es die „Bürgermeisterin“, unter der die Klägerinnen ihre Mutter wiedererkannt haben.

Frau Naboot, die Verfasserin des „Reiters vom Meer“, hat also einen Fehler begangen, indem sie ohne genügende Verdeckung die „Bürgermeisterin“ aufstellte. Sie hat das Recht des Schriftstellers auf Kritik überschritten.“

Nach Artikel 1382 des Code civil haben die Erben Alavoine Anspruch auf Ersatz des moralischen Schadens, den sie durch die Berührung des Andenkens ihrer Mutter erleiden. In vierzehn Tagen soll dieser Schaden festgestellt werden.

Die deutschen Filme in Frankreich

Wir haben wiederholt darauf verwiesen, welche Bedeutung die Zusammenarbeit mit Amerika, des Fox-Vertrag, und natürlich die Eigenarbeit für Paris als Kulturzentrum des europäischen Films besitzt.

Daneben besteht vertraglich die Zusammenarbeit mit dem deutschen Film weiter, das heißt praktisch mit der Ufa, deren Meister vielleicht aus diesem Grunde von Göbbels auf die Revidierte der „Ja“-Wahl gesetzt ist. Nach einem Abkommen im Juli 1933 wurde bestimmt, daß 70 „dublierte“ Filme im Halbjahr in Frankreich gezeigt werden dürfen, vorausgesetzt, daß das „Dubbing“ in französischen Ateliers auf französischem Boden hergestellt ist. Ueber die ausländischen Filme wurde festgelegt, daß sie nur in fünf

BRUSSEL
rue J. Enghelme 15-17
Dr. jur. K. Goldmann,
franz. deutsch. Rechtsanw.
Forderungseinziehung in
Deutschland, Handelsver-
tretung, Dasselbst franz.
Sprachkurse.
Monatlich 20.— Franken

Deutscher Flüchtling
1933, Damenputzmoder
schon etw. eingerichtet,
sucht zwecks Ausbau
Beihilfer (in)
Möbliert mit etw. GELD
lohnende Existenz.
H. Kumpfer,
44, rue Sedaine, Paris III

Sehr interessantes
Buchhandlungsgeschäft
abzutreten. Besondere pas-
send für Deutsche.
Ankäufer: P. Villain,
101, rue de l'Abbé-Groult
Paris (15)

Theatern im Departement Seine und in zehn für das übrige Frankreich gespielt werden dürften.

Nunmehr ist ergänzend in Verhandlungen zwischen der französischen und der deutschen Kino-Industrie beschlossen worden, daß 20 französische Filme in Deutschland und umgekehrt 20 deutsche Filme in Frankreich gezeigt werden. Im Elsaß sind Bestrebungen, diesen Rahmen noch zu erweitern. Die französische Filmkammer bemüht sich, wie verlautet, darauf hinzuwirken, daß die Gegenseitigkeit vollumfänglich verhängt wird.

Die 20 deutschen Filme passieren natürlich die französische Zensur, wie umgekehrt die Filme von Paris von den Hitler-Richtern beschnitten werden. Die praktische Auswirkung des Abkommens auf Produktion und Publikum bleibt abzuwarten.

Mauriac, die Nonnen und der Wein

Francois Mauriac, der neue Unsterbliche, Dichter des neuen Frankreich, ist auf seltsame Art in die altfranzösischen Weingesänge eingegangen. In Bordeaux, der Hauptstadt des Bacchus, hat nämlich ein französisch-nationaler Weinstattgefunden, bei dem berühmte Gelehrte von den Universitäten den Wein als „Milch der Alten“ priesen. Und wer war der erste Mediziner, der auf die Weisheit vom nährenden Bordeaux zurückkam? Niemand anders als Dr. Mauriac, der Vater des eben gekrönten.

In Beaune, dem berühmten Weinort im Gegenpol Burgund, auf der „Goldenen Höhe“ war dies Jahr wieder jedes Haus mit Papiergewinden geziert, als der neue Jahrgang geprobt wurde. Der Verkauf der berühmten Weine

SCHWIERIGKEITEN WEGEN DER MÖBEL?

Wir helfen Ihnen binnen zweier Tage

Angebote an Publ. Metz. 51, rue Turbigo Nr. 106, Paris

der „Hospize von Beaune“, eine weltbekannte Zeremonie, wurde auch im Radio verbreitet. Die Ernte der berühmten Marken war dieses Jahr schmäler als sonst. Es gab nur 98 Stück-Fässer Rotwein, 9 Weißwein und 11 Stück-Fässer Trester der Ernte 1932. Der Verkauf brachte 541 000 Frs. für den Rotwein, 47 000 für den Weißwein und 24 000 für den Trester. Das sind 130 000 Franken mehr als im Vorjahre.

Das alte WeinHospiz, in dem die Klosterfrauen noch umziehen, stammt bereits aus dem Jahre 1443 und besitzt einen herrlichen Flügelaltar, der Roger van der Weyden zugeschrieben wird. Das Altarbild ist das „jüngste Gericht“.

Einmal, es kann wohl sechzig Jahre her sein, nahmen die ehrwürdigen Schwestern daran Anstoß, daß die Verdammten, die Satan mit der Feuersgabel in die Hölle jagte, vollkommen nackt waren. Also ließ die Oberin den armen Seelen Hemden machen, die bis auf die Knöchel reichten. Aber der Staat mischte sich ein: ein Inspektor der schönen Künste kam, sah die Bescherung und sagte: „Aber, ehrwürdige Schwestern, solche Hemden bei solchem Höllenfeuer — wären die nicht längst verbrannt?“ Sprach, und brachte Roger van der Weyden wieder hüllenlos zum Vorschein.

Dies ist ein echt französischer Witz, und er ist daher schwer exportierbar. Schon Anatole France hat gesagt: „Die französische Küche ist die beste der Welt, aber erst eine spätere Zeit wird dies erkennen, die den Bratpieß höher schätzt als das Schwert.“

Pariser Theater

Mardi, le 28 Novembre

Opéra, Relâche.
Com. Française, 8 h 30 L'École de bourgeois, A quoi rêvent les jeunes filles.
Op. Comique, 8 h 45 Le Juit Polonais.
Odeon, 8 h 30 La Colombe paillardée, L'heure espagnole.
Gaité-Lyrique, 8 h 45 Le Pays du Sourire.
St. Ch. Elysées, 9 h Yvette et ses enfants, Lettre d'un inconnu, Stéopie et Mania.
Th. de Paris, 8 h 45 Tovaritch.

Mercredi, le 29 Novembre

Opéra, 8 h Lohengrin.
Com. Française, 8 h 30 La Parisienne, Le Jeu de l'Amour et du Hasard.
Op. Comique, 8 h 45 Carmen.
Odeon, 8 h 30 Le Rosaire, Tempête sur les Côtes.
Gaité-Lyrique, 8 h 45 Le Pays du Sourire.
St. Ch. Elysées, 9 h Yvette et ses enfants, Lettre d'un inconnu, Stéopie et Mania.
Th. de Paris, 8 h 45 Tovaritch.

Faschistischer Terrorakt in Zürich

Man schreibt uns aus Zürich:
Das Schaufenster der Buchgemeinschaft der Kopf- und Handarbeiter, Universum-Bücherei in Zürich 4, Zweierstr. 24, wurde in der Nacht vom Freitag auf Samstag, 17./18. November, eingeschlagen und ausgeraubt. Im Auto kamen die faschistischen Einbrecher nachts 2 Uhr angefahren, ließen den Motor brummen, stiegen aus, zertrümmerten die sieben Millimeter starke Glasscheibe und stahlen die ausgestellten Braunbücher. Hierauf machten sie sich in rasendem Tempo davon.

Eine „Heldentat“ nach echtem Hitlermuster.
Seit einigen Wochen hat die Universum-Bücherei eine Soderausstellung für das bekannte Braunbuch. Die Ausstellung ist originell und gut gemacht, sie freute jeden, der nicht gerade zu den Freunden Görings gehört. Dargestellt war Göring als Schlächter und Urheber des Reichstagsbrandes, inmitten lodernen Flammen.

Die Folge des Attentats? Am Samstag setzte eine außerordentlich verstärkte Nachfrage nach dem Braunbuch ein.

Achtung, Eltern!

Mein Jugendheim bedeut vergrößert, befindet sich jetzt in **MARNES-LA COQUETTE, 3^e Grande Rue** 20 Minuten Bahnfahrt vom Bahnhof St. Lazare, Paris
Telefon: Garches Nr. 629.

Große Villa mit riesigem Park, fließendes Wasser in jedem Zimmer, Zentralheizung usw. Überleitung in die franz. Schulen. Gymnastik, Sport.

FRAUDR. BERG

LA CIGOGNE
Bar-Cabaret-Dancing
MONTMARTRE
27, RUE BRÉA TELEPHON DANTON 64-83
Die ganze Nacht geöffnet. Mit dieser Annonce bekommen Sie 10% Preisermäßigung.

PARIS-ETOILE
6, RUE D'ARMAILLE
CHEZ KORNILOFF
Berühmt durch seine vorzügliche Küche u. seine Spezialitäten. Stark besucht von deutschen Gästen.
Telephon Etoile 52-41

LEHM kauft **JUWELN**
schöne **JUWELN**
Diamanten, Perlen, Silber
VERKAUF:
Paris, 43, rue Lafayette. Expertise

Deutsche Kunde aus Mexiko

Zunehmende Isolation der deutschen Kolonie

Der Furor der wiedererwachten Teutonen macht selbst vor den größten Meeren nicht halt, und er ist also auch im fernen Mexiko zu spüren. Ein Brief, in dem wir dieser Tage durch einen Zufall Einblick nehmen konnten, gibt bezeichnende Kunde davon. Der Briefschreiber, ein Mexiko-Stadt lebender Deutscher, weiß als erschütternder Beweis für die Auswirkungen des neudeutschen Panatismus die Anti-Semisierung der mexiko-deutschen Kolonie zu berichten.

In den vom VDN subventionierten deutschen Schulklassen sing es an! Die systematische Verheugung im antisemitischen Sinn machte es schon bald nach der „nationalen Erhebung“ in Deutschland den deutschen Kindern jüdischen Glauben unmöglich, weiter die deutsche Schule zu besuchen. Sie sind jetzt gezwungen, sich in den bedeutend schlechteren mexikanischen Schulen unterrichten zu lassen. Eine Tatsache, die nicht nur als Folge eines besonders gemeinen Terrors für die Betroffenen außerordentlich schmerzhaft ist, sondern die auch — auf die Dauer gesehen — eine erhebliche Schädigung des Deutschums im Ausland bedeutet: denn sie wird sich als eine Schwächung der deutschen Kulturbasis auswirken, da die gewaltsam aus dem deutschen Kulturkreis vertriebenen jungen Menschen sich wohl oder übel anders orientieren müssen.

Auch in anderer Hinsicht wirkt sich die künstlich erzeugte Judenfeindschaft bedenklich aus. Die Verschlechterung des Arbeitsmarktes hat es neuerdings mit sich gebracht, daß nur noch mexikanische Staatsangehörige in einem Arbeits- oder Angestelltenverhältnis stehen dürfen. Um nun den nicht selbstständig einem Erwerb nachgehenden Deutschen die Beibehaltung ihrer Stellung zu gestatten, hat man ihnen die Möglichkeit der Naturalisation durch die Zulage erleichtert, daß die Nüchternung der deutschen Staatsangehörigkeit jeder Zeit ohne Schwierigkeiten vor sich gehen könne. Diese Vergünstigung wurde jedoch nur den sogenannten arischen Deutschen in Mexiko eingeräumt, während

den jüdischen Deutschen nur die Wahl bleibt, ihre Stellung anzugeben, um deutsch bleiben zu können, oder ihre Stellung zu halten und damit — wenigstens theoretisch — für immer der deutschen Staatsangehörigkeit verlustig zu geben, da das „dritte Reich“ ja befaumtlich eine Einbürgerung von Juden nicht mehr vornimmt.

Daß der bisherige deutsche Gesandte in Mexiko — weil zu liberal — seinen Platz einem Vertreter der neudeutschen Belange räumen muß, verheißt sich am Ende.

So haben wir ein betrübliches Bild des Unfriedens und der Spaltung in einer ausländischen Kolonie, die sich in der Vergangenheit stets in ihrer Gesamtheit dem Mutterland in einer besonders engen und herzlichen Weise verbunden fühlte. Ausgerechnet den „Erneuerern“ Deutschlands blieb es vorbehalten, diese Bindung zu schwächen. Man macht überall dieselbe Beobachtung, ob in Österreich, im Saargebiet oder in Mexiko, bleibt sich gleich: wo es vor dem 30. Januar nur eine deutsche Front gab, da gibt es jetzt deren zwei — oder gar keine mehr!

Uebrigens bleibt auch der Eindruck auf die Umwelt interessant. Nirgends wirkt eine „rassistische“ Differenzierung so grotesk und fremdartig wie in Mexiko, wo die Angehörigen der verschiedensten Rassen in friedlichem Nebeneinander leben. Die Mexikaner verstehen es nicht, daß plötzlich ein N i s durch die deutsche Kolonie geht, dessen Ur sache ihnen schon gar nicht einleuchtet. Man erinnert sich sehr wohl auch noch jener Briefe von deutschen Geschäftsfreunden, die seiner Zeit auf Veranlassung des Propagandaministeriums von Deutschland aus in alle Welt verandt wurden, um den „Grenzmärchen“ entgegenzutreten mit der Behauptung, daß den Juden in Deutschland kein Haar gekrümmt würde. Nun kann man die Diffamierung deutscher Juden durch die eigenen Volksgenossen in Mexiko selbst beobachten. Man steht vor einem Rätsel und wird als Folge dieses rätselhaften Widerspruchs von einem bestigen Mißtrauen gegenüber allem, was deutsch ist, erfüllt, was sich vorerst einmal in einer zunehmenden Isolation der gesamten deutschen Kolonie ausdrückt.

An- und Verkauf
zentraleuropäischer und südamerikanischer
Devisen Effekten und
REICHSMARK
durch das Bankhaus
Georges Perles & P. Michel
34, RUE LAFFITTE . PARIS IX
TELEFON TAITBOUT 98-40 BIS 45

BRIEFKASTEN

J. G. Vielleicht lesen Sie diesen Gruß, ehe Sie zurückkehren. Ihr Brief war uns eine seltene Freude. Soviel Treue und Mut bei Frauen, wo so viele Männer verzweifelt und verlagert! Danken Sie allen. Wir bleiben in Heiß und Glauben verbunden.

Dr. E. Paris. Sie haben dem „Matin“ einen temperamentvollen Protestbrief geschrieben, weil diese Zeitung einen Vertreter zum deutschen Reichskanzler Adolf Hitler geschickt hat. Diese Sache dürfen Sie nicht so tragisch nehmen. In der Politik kann man sich seine Partner nicht auswählen. Das deutsche Volk hat zwar Hitler nicht gewählt, aber es duldet ihn. Er ist der verantwortliche Verleiher eines Reichs mit 65 Millionen Einwohnern, das der französischen Republik benachbart ist. Entweder muß man unmittelbar den Abbruch der Beziehungen zwischen beiden Staaten wollen oder man muß irgendeine Verhandlung. Daß im Vorfeld solcher Verhandlungen Selbsterhaltung sich betätigen, ist zu erwarten.

„Entropferliche“. Wir haben schon wiederholt nationalsozialistische Kohärenze veröffentlicht, die beweisen, daß diese „Entropferliche“ Wohlzeiten sind, wie sie viele Millionen Deutsche jahraus, jahrein sich nicht leisten können.

E. G. Hütich. Es ist schön, daß wir durch Ihre Freundschaft noch einmal in den Besitz des „Aristokrat“ kommen dürfen. Der hat uns schon immer gefreut, und das beruht auf Gegenseitigkeit.

W. G. Barcelona. Ihre temperamentvolle Kritik war uns eine Aufmunterung. Da Sie schon soviel Besorgnis an uns schickte, haben wir die Hoffnung nicht auf, daß diese Entwicklung sich fortsetzt. Lesen Sie übrigens den Aufsatz noch einmal genau. Sie haben die betreffenden Wendungen, die doch sehr problematisch gehalten waren, übersehen.

M. G. Barcelona. Als sehr begüterter Leser“ möchten Sie gerne eine Berechnung der Kosten des Reichstagsbrandprozesses haben. Wir glauben nicht, daß sich eine solche Rechnung einigermaßen zuverlässig aufstellen läßt. Es mögen etliche hunderttausend Mark werden. So Milliardenwerte vernichtet und Millionen Menschen geschädigt werden, ist solche Summe nicht sehr imponierend. Kaiser, dem es die einzige von den herrschenden Mächten für Propagandawerke ausgearbeitete Summe, die bestimmt mit Ring und Infelixionen gegen das Regime sich auswirkt. Was allein ist die Entdeckung Dimitroffs wert? Dieser Räuber wäre im Dunkel geblieben, wenn ihn nicht Göring und Goebbels so vor der Welt erhöht hätten.

„Kommunistischer Leser“. Sie sind nicht der einzige Kommunist, der uns trotz unserer Meinungsverschiedenheiten Anerkennung spendet. Ihr Kompliment, daß wir uns sehr von den „heiligen sozialistischen Führern“ unterscheiden, haben wir etwas bereiten hinzunehmen. Ob Sie uns nicht überschätzen? — Es wäre uns lieber, wenn Sie und andere kommunistische Freunde nicht nur an uns, sondern ob und zu auch an Ihre kommunistischen Führer schreiben. Da laufen die alten Geredemäßen noch immer lustig weiter. Soeben ist wieder ein Manifest mit einem Kapitel über die „verherrlichte Rolle der Sozialdemokratie“ erschienen. Jetzt noch wird die Sozialdemokratie, deren Anhänger im Reich ihre Pflicht tun, als soziale Hauptstütze der Diktatur“ beschimpft und die 3. Internationale ist schließlich „Vandälen“ der feigenführerischen Bourgeoisie in allen Ländern der Welt“. Das ist doch schon nicht mehr „heilig“. Das ist einfach Blödsinn. Niemand glaubt an solchen mühsamen Hint. Weder die Arbeiter, noch die Leser. Wie lange will man sich die alten Phrasen irgendwo herumgebliebenen unfehlbarer Parteipapier noch gefallen lassen? Wenn Ihr so jung seid, wie Ihr tut, dann kehrt das tote Inventar auf den Müllhaufen. Da gehört es hin.

Die neue Weltbühne. Nummer 47 ist soeben erschienen und bringt folgende Beiträge: Willi Schlamm: „Wo ist unser Einfluß?“, Victor Hugo: „Das Viechtitz“, Max Bergner: „Eine Woche in Berlin, Konzentrationslager Brandenburg“, Heinz Volz: „Salon im dritten Reich“, Heinrich Fischer: „Der Oah“, — Bemerkungen — Anworten.

Fritz. Sie schreiben uns: „In Nürnberg wurde in der vergangenen Woche das jüdische Völkchen beschlagnahmt und zwar vom „Kampfbund für Deutsche Kultur“. — Ihnen macht das Sorge. Und nicht im gleichen Maße. Es handelt sich vielleicht um eine Privatsaktion des Herrn Streicher, der hier Juden beim Schächten von Christenknaben in Hagranitz erschießen wollte. Bei solchen Sachen muß gewöhnlich die „Kultur“ in der Form marschieren.

Polo. Sie schicken uns den Aufsatz des Hitler-Schriftstellers Karl Fink, der sich in der nationalsozialistischen Presse mit dem „Reichsabend-Bericht“ in einheitlicher Uniform beschäftigt. Es heißt wörtlich bei Fink: „Diese gewaltige Organisation hebt zur Kritik, wenn sie fertig ist, keinen Moment früher. Der den neuen Plan hört, der in unser Reich und muß sich über die Folgen der allerschlechtesten Art von vorzubereiten klar sein. Man wird ihn zu den zwei Millionen Schutzern und Tummelplätzen rechnen müssen, die sich am 12. November außerhalb der Nation gestellt haben.“ — Das wird also eine fröhliche Freude werden.

Allgemeine
Deutsche Poliklinik
Chefarzt Professor WENSTEN
1) SPEZIALÄRZTLICHE ORDINATION für sämtliche Art Erkrankungen.
2) INNERE Klinik
3) CHIRURGISCHE Klinik
4) GEBURTSHILFICHE Klinik
ORDINATION: täglich von 1 bis 8 Uhr. Sonn- und Feiertags von 10 bis 12 Uhr

Damenschneider
J. Mastchenko
7, Rue de Marché St. Honoré. Tel. Opéra 72-79
Kleider, Mäntel, Pelze. Umarbeitung, Reparierung

Coupons, Dev'sen
deutsche Effekten
Waren-Termin-
geschäfte in allen Produkten
sämlicher Weltbörsen besorgt
auch für Emigranten prima
schweizer Firma, Postfach 648, Zürich 2

Deutsches Zahnärztliches Institut
12, RUE DE DOUAI. Métro: Blanche, Pigalle. Tel. Trinité 18-27. Sprechstunden 9-12, 2-4 Uhr
Zahn- u. Mundkrankh., Entz. Elektrotherapie, Prothesen, Krönchen, Brücken in Gold, Platin u. Porzellan
NEUEIT: PORZELLAN-KRONEN UND -BRÜCKEN
Umarbeitung schlechtzählender Gebisse mit voller Garantie für guten Sitz. Reparaturen binnen 3 Stunden
SCHONENDSTE BEHANDLUNG FÜR NERVOSE UND HERZKRANKE
MÄSSIGE PREISE. UNTERSUCHUNG U. BEHANDLUNG KOSTENLOS

Japanische KP. aufgelöst

Vor kurzer Zeit wurde die Dellenlichkeit überrascht durch die bisherige Erklärung des Vorsitzenden des Exekutiv-Komitees der japanischen kommunistischen Partei, Sano, und von dem kommunistischen Abgeordneten Nabeama. In ihrer Erklärung beschuldigten sie die Komintern, ein Spielball der russischen Regierung zu sein und weigerten sich die antimonarchistische und Anti-Kriegslampagne, die von der Komintern diktiert worden war, zu führen. In Hebererstimmung mit ihrer neuen Ueberzeugung erklärten sie es als die Pflicht jedes ehrlichen und revolutionären Kommunisten, beizutragen zur Bildung einer sozialistischen Gesellschaft auf nationalen Grundlagen, ausgehend von der Tatsache der „unerreichten Superiorität der japanischen Nation“. Sie nannten den Krieg, den Japan gegen die „Militär-Clique“ Chinas führen würde und einen eventuellen Krieg gegen Amerika, um Hien wieder zu erobern, „fortschrittliche Kriege und riefen die Arbeiterklasse auf, daran teilzunehmen, vorausgesetzt, daß die „administrative und militärische Maschinerie in die Hände der Arbeiter und armen Bauern übergeht“.

Dieser sonderbare antiinternationale Kommunismus fand ein lebhaftes Echo unter den Mitgliedern der Partei und etwa dreihundert bekannte Kommunisten erklärten ihr vollständiges Einverständnis mit dieser neuen Doktrin, wodurch eine vollkommene Auflösung der Partei verursacht ist.

„Barrikaden-Uebungen“ — in Dänemark

(Jupreh.) Das dänische Regierungsorgan „Social-Demokraten“ veröffentlicht in einer Artikelserie aufsehenerregende Enthüllungen über Ausbildung und Waffenübung der dänischen Nazis, die von der deutschen Regierung finanziert werden. Die SA-Genie werden nach deutschem Muster ausgebildet. Sie halten wöchentliche Uebungen in Barrikadenkämpfen und Bombenwerfen auf den Straßen der dänischen Hauptstadt ab. Sie sind auch in Massen als Mitglieder der vom Staat unterstützten Schützenvereine aufgenommen worden. Trotz des bestehenden Uniformverbots halten uniformierte Formationen im Freien Uebungen ab. Der Führer der Faschisten, Major Penke, hat in einer dänischen Zeitung zugegeben, daß die Enthüllungen den Tatsachen entsprechen. „Aber“, erklärt der Herr Major, „es handelt sich um eine Selbstverteidigung unsererseits!“



Cardinal Teika,

der während des Ruhrkampfes als Sonderbeauftragter des Papstes im Ruhrgebiet weilte, ist jetzt mit denselben Aufgaben in das Saargebiet entsandt worden, um während des Abstimmungskampfes die Interessen der Kirche wahrzunehmen.

Cardinal Teika wird sich im Saargebiet überzeugen können, wie die katholische Presse, genau wie im „dritten Reich“, von der NSDAP gehandicapt ist. Er wird die Bevormundung der Kirche durch die nationalsozialistische Partei feststellen können. Wie praktisch der nationalsozialistische Terror zum Ausdruck kommen kann, das hat der Tag der katholischen Gefeßen in München gezeigt, der geradezu ungläubige Terror gegen die Kolpinghölhe. Um aber die Stellung Diktators zur Kirche und zur Religion schlechthin zu klären, braucht niemand ins Saargebiet zu kommen. Das weiß die ganze Welt. Der Skandal der sogenannten „Deutschen Christen“ genügt. Ein Kanzler, der so was duldet, hat sich selbst charakterisiert.

NSDAP. in Holland neu gebildet

(Jupreh.) Mit Billigung der holländischen Behörden ist die in den Niederlanden bisher verbotene NSDAP. unter dem Vorwand offiziell neu gebildet worden, eine Organisation zur Unterstützung der „Deutschen Winterhilfe“ zu sein.

Dr. Spécialiste
96, rue de Rivoli. — Métro: Châtelet
RADIKALE HEILUNG VON BLUT-, HAUT- und FRAUENKRANKHEITEN
Heilung von Krampfadern und offenen Beinwunden
Neueste Behandlungsmethoden Elektrizität Impulsverfahren Trypsin-vio-Einspritzungen
Blut- und Harn-Untersuchungen, Spermatur, Salvarsan, Witmut usw.
Sprechstunden täglich von 10-12 und von 4-8 Uhr. Sonntags von 9-12 Uhr
Konsultationen von 25 Fr. ab
Man spricht deutsch

Fr. Trinité 45-11 Métro Pigalle **Deutsche Poliklinik** Paris, 62, Rue de la Rochefoucauld
a) Allgemeine Konsultationen mit 9 Spezialisten
b) Chirurgie Zweistöckiges Sanatoriumsgebäude. Die aller modernste Einrichtung
c) Geburtshilfliche Klinik Vierstöckiges Gebäude. Zimmer mit 1 bis 4 Betten
d) Zahnärztliches Kabinett Zahn- und Mundchirurgie
Ordination täglich von 9-12 und 2-8. Sonn- und Feiertags von 10-12 und 2-4 Uhr

Französisch in 15 Stunden
ECOLE BENEDICT . 23, Boulevard des Italiens . (Métro Opéra)